

Wöchentlich 85 Pf., monatlich 2,50 M. (binnen 90 Pf. monatlich für Zustellung ins Haus) im voraus zahlbar. Postgebühr 4,22 M., einschließlich 90 Pf. Postgebühren und 72 Pf. Postgebühren für den Auslandbezug. Einmalig 1,50 M. pro Monat für Bücher mit ermäßigtem Druckvermerk 5,-- M.

Der „Vorwärts“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Romings einmal, die Abendausgabe für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, „Jahreszeiten Sonntagsbeilage“ „Toll und Zeit“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Die einj. K. Postbescheinigung Nr. 10. Postamt Berlin 10. „Kleine Anzeigen“ das festgedruckte Wort 20 Pf., (zweiwöchentlich gedruckt) Wort, jedes weitere Wort 12 Pf., Rubrik 12 Pf., Stellenangebote das erste Wort 15 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf., Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Pf., Familienanzeigen Seite 45 Pf., Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 3, wochentags von 9 bis 17 Uhr. Der Verlag behält sich das Recht der Ablehnung nicht genehmiger Anzeigen vor.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3. Fernruf: 24011 (A 7) 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postkonto: Berlin 37593. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 3. Et. S. u. D. B. G. B., Depofitent., Jerusalemstr. 63-65.

Neuer Wirtschaftsstand!

Der Schultheiß-Pagenhofer-Konzern erschüttert. — Neues beispielloses Versagen der Großbanken.

Der Schultheiß-Pagenhofer-Ostwerke-Konzern, der, lange Jahre mit seinen hohen Dividenden für sein Neunzigmillionskapital auf den deutschen Börsen führend war, steht vor Verlusten, die die Existenz des Konzerns bedrohen können. Das Ausmaß der Verluste steht noch nicht fest. Durch eine Transaktion allein ist ein Verlust von 30 Millionen Mark zu erwarten, aus früheren Transaktionen sind etwa 10 Millionen Mark Verluste bekannt. Nach den bei Javog, Karstadt und Nordwolle gemachten Erfahrungen pflegen die zunächst zugestandenen Verlustsummen rapid zu wachsen.

Es handelt sich um Tatbestände, die nach den Kleinfeldnoten der letzten Monate zwar nicht ohne Beispiel sind, die aber besonders tragisch liegen. Die Hauptakteure sind der Finanzier Ludwig Kahnenellenbogen und zwei Hauptbanken des Konzerns, die Commerz- und Privat-Bank und die Darmstädter und Nationalbank. Kahnenellenbogen war der Hauptbesitzer des Ostwerke-Konzerns. Er wollte auch den Schultheiß-Pagenhofer-Konzern beherrschen. Um die Verschmelzung der beiden Konzerne herbeiführen zu können, brauchte er noch 15 Millionen Schultheiß-Aktien. Er beauftragte die Commerz- und Privat-Bank sowie die Danat-Bank mit dem Kauf dieser Aktien auf Rechnung der Ostwerke. Der Kauf erfolgte in Rufen von mindestens 270 Proz. Auf das Verlangen der Banken gab Kahnenellenbogen eine Kursgarantie: er übernahm mit anderen Worten für die Ostwerke die Verpflichtung, den Banken bei Übernahme der Aktien 270 Proz. zu bezahlen. Mit diesen Aktien führte dann Kahnenellenbogen die Fusion mit Schultheiß-Pagenhofer durch.

Bei dieser Fusion wurden die Verpflichtungen aus der Kursgarantie sowohl den Aktionären als auch der Schultheiß-Pagenhofer-Verwaltung und deren Aufsichtsrat verschwiegen! Auch die Bankenvertreter der Commerzbank und der Danatbank sahen keinen Anlaß, über diese wichtige Tatsache zu reden.

Aber nicht nur dies! In dem Börsenzulassungsprotokoll über die Begebung neuer Aktien der fusionierten Konzerne, in denen das Publikum zur Zeichnung aufgefordert wurde und der an strenge geschichtliche Publizitätsvorschriften gebunden ist, wurden die Verpflichtungen aus der Kursgarantie ebenfalls verschwiegen! Herr Kahnenellenbogen aber, der die Aktien konnte, hat seinerseits eigene Aktien verkauft. In diesen Tagen war die Übernahme der Aktien, die im Besitz der Banken waren, fällig. Die Banken verlangten von der Schultheiß-Pagenhofer A.-G. ihr Geld.

Jetzt erst erfährt ein Teil der Verwaltung und ein Teil des Aufsichtsrates von den Verpflichtungen und Verlustgefahren.

Der Streit im Aufsichtsrat über die Rechtsgültigkeit der Fusion und

des Kursgarantievertrages führt dazu, daß die Öffentlichkeit von den Vorgängen Kenntnis erhält.

Verwandtschaften spielten eine besondere Rolle. Die Bankenvertreter im Aufsichtsrat hatten ein Interesse daran, Geschäfte zu machen. Wer von ihnen den Mund aufgemacht hätte, hätte seinem Institut die Profite verdorben. So kam es zu dem Versagen auch des Aufsichtsrats.

Wieder aber sehen wir in diesem Aufsichtsrat, der völlig versagt hat, die bekanntesten Namen der deutschen Finanz. Herr von Stauff, Herr Jakob Goldschmidt, Herr Pfister von der Commerzbank sind stellvertretende Vorsitzende im Aufsichtsrat, Herr Reinhardt von der Commerzbank sitzt ebenfalls im Aufsichtsrat. Außerdem ist die Dresdner Bank und noch eine Anzahl anderer Banken vertreten.

Diese Herren sind die Berater der Reichsregierung, sie kämpfen gegen jede Art von Bankkontrolle, sie machen sich an, Führer und Retter der deutschen Wirtschaft zu sein.

Die Aktionäre, der Börsenvorstand wurden getäuscht. Belegschaften und Gesamtwirtschaft sind geschädigt worden. Handelsrechtliche Vorschriften sind in einer Weise verletzt worden, die hinter den Fällen Javog, Karstadt, Nordwolle usw. nicht zurücksteht.

Es ist zu fordern, daß sofort die Bücher beschlagnahmt werden im Interesse der Untersuchung der Dinge und außerdem im Interesse der Aktionäre und Belegschaften.

Das Vermögen des Herrn Kahnenellenbogen und der an den verfallenden Verbindungen Beteiligten ist sicherzustellen. Die Öffentlichkeit aber muß endlich erkennen, daß die private Wirtschaft und ihre Führer zur Lenkung der Wirtschaft und ihrer Geschicke unfähig sind und daß eine Volkswirtschaft dem Verderben ausgeliefert ist, deren verantwortliche Leiter sich von solchen Führern beraten lassen.

(Ausführliche Darstellung im Wirtschaftsteil.)

Verluste und Schieibungen bestätigt

Kurz vor Schluß der Redaktion hat die Schultheiß-Pagenhofer A.-G. noch ein Kommuniqué über die gestrige Aufsichtsrats-Sitzung veröffentlicht. Zwei Direktoren, darunter Ludwig Kahnenellenbogen, sind „auf ihren Wunsch“ von ihren Ämtern entbunden worden. Die Abnahmeverpflichtungen und das Kursgarantiegeschäft, die die Verluste gedreht haben, werden in vollem Umfang bestätigt. Große Sonderabschreibungen bringen mit den ordentlichen Abschreibungen zusammen trotz des Bruttoüberschusses von 16 Millionen Mark weitere Verluste von über 20 Millionen Mark. Die nachstehenden Banken haben einen Bereitschaftskredit zur Stützung zur Verfügung gestellt.

Justizverbrechen droht!

Die Anklageschrift gegen Liebermann und die Mitglieder der parlamentarischen Opposition.

Von Emile Vandervelde.

Vor mir liegt eine Kopie der Anklageschrift im Prozeß gegen Liebermann und Genossen, die 11 oppositionellen Abgeordneten, gegen die die Bilsudski ergebene Regierung von neuem die Hand zu erheben sucht, nachdem sie in das Breslauer Litawsker Militärgefängnis geworfen und sie dort jener unmenschlichen Behandlung unterzogen hat, von der die Welt weiß.

Diese Anklageschrift ist ein wahres Buch (mehr als hundert Seiten in Großformat), dessen äußerer Dicks nur seine innere Leere gleichkommt.

Die Angeklagten werden beschuldigt, während der Zeit von 1928 bis zum 9. September 1930 gemeinschaftlich „ein Komplott vorbereitet zu haben“, (ich zitiere nach der französischen Uebersetzung), „dessen Ziel in der gewaltsamen Entfernung der Mitglieder der in Polen an der Macht befindlichen Regierung und deren Ersetzung durch andere bestand, wobei allerdings ein Wille, die grundlegenden Einrichtungen des Staates umzugestalten, nicht gezeigt wurde“.

Ihre Tätigkeit habe bestanden in der Schaffung und Aufrechterhaltung einer revolutionären Stimmung unter den Massen, in der Organisation, Ausbildung und Bewaffnung revolutionärer Kadres; in der Schaffung einer Organisation namens „Centrolew“, die einen Plan zur gewaltsamen Ergründung der Macht ausgearbeitet, eine als „Kraakower Kongreß“ bezeichnete Konferenz einberufen und revolutionäre Erklärungen verfaßt habe, welche dieser Kongreß angenommen habe, die den Befehl ausgegeben habe, die Massen in Bewegung zu setzen und einen „bewaffneten Marsch auf Warschau“ zu organisieren, als dessen Folge sich am 14. September in 22 polnischen Städten blutige Demonstrationen ereignet haben.

Die Anklageschrift fügt außerdem noch hinzu:

„Sie konnten das geplante Komplott aus Gründen, die außerhalb Ihres Willens lagen, nicht zur Ausführung bringen, weil nämlich ihre Tätigkeit durch das Eingreifen der Staatsgewalt verhindert wurde.“

Benot wir weitergehen, kommen uns bei der bloßen Lektüre dieser Schrift einige Uebersetzungen, die zu einigen Feststellungen zwingen.

1. Die blutigen Demonstrationen, welche sich nach der Anklageschrift in 22 polnischen Städten ereigneten, datieren vom 14. September 1930, zu jenem Zeitpunkt aber befanden sich die Angeklagten bereits im Kerker von Breslau-Litawitz; die Anklageschrift selbst stellt fest, daß die „verbrecherische“ Tätigkeit am 9. September 1930 unterbrochen wurde.

2. Die Strafverfolgung beruht auf einer Bestimmung des alten russischen Strafgesetzbuches, welches das Verbrechen der Schaffung einer „Organisation für den Sturz der Regierung“ kennt, das Verbrechen, dessen sich Liebermann und seine Mitangeklagten in erster Linie dadurch schuldig gemacht haben sollen, daß sie im Juni 1930 in Krakau einen (übrigens durchaus legalen) Kongreß der Oppositionsparteien abhielten. Nachdem nun die Handlungen, welche den Gegenstand der Anklage bilden, in Krakau erfolgten, ist das dortige Gericht, der Gerichtshof von Krakau, für die Behandlung dieser Anklage zuständig. Aber in Krakau wäre es das Schmutzgericht und die verhältnismäßig freibeitliche altösterreichische Gesetzgebung, in Warschau dagegen, wo der Prozeß am 24. Oktober beginnen soll, werden unsere Genossen von drei Berufsrichtern, die auf eine lange Berufstätigkeit zurückblicken können, nach dem russischen Strafgesetzbuch abgeurteilt werden, das das weitaus reaktionärste von Europa wäre, wenn der italienische Faschismus es nicht noch übertrumpft hätte.

3. Nach den Anklageakten gehörten zu den Mitteln, die die Angeklagten anwendeten, „um die Massen in einer revolutionären Stimmung zu erhalten“, die Diskreditierung der Regierung dadurch, daß „man sie lächerlich machte und über sie spottete“ (!); ferner die Aufstachelung zum Haß gegen die Regierung und zu ihrem gewaltsamen Sturz.

Wenn man weiß, daß Bilsudski hinter dem Staatsanwalt, hinter den Richtern von Warschau steht, Bilsudski, der heute mit haherfüllter Hartnäckigkeit seiner persönlichen Rache gegen seine einfügen Genossen freien Lauf läßt, welche Ironie liegt dann darin, daß die Anklage, seinen gewaltsamen Sturz gewollt zu haben, von einem Manne stammt, der selbst zweimal zur Waffengewalt gegriffen hat, um seine Gegner aus der

Weltpolitik im Weißen Haus.

Hoover und Laval besprechen die deutsche Lage.

Washington, 23. Oktober.

Staatssekretär Stimson hatte heute bereits eine halbstündige Unterredung mit Laval, in der die Reihenfolge der zu diskutierenden Probleme festgelegt wurde. Stimson war sichtlich befriedigt, daß Laval auf alle diesbezüglichen, allerdings rein formalen Vorschläge eingegangen ist. Im Staatsdepartement wurde mitgeteilt, daß

zuerst die Finanzfragen

erörtert werden sollen, da die politischen Probleme leichter angegangen werden könnten, wenn durch eine Verständigung über die Maßnahmen zur Sanierung der Wirtschaftslage eine Art Basis für die gemeinsame Arbeit gefunden sei. Es wurde betont, daß hier in Washington keinerlei Abmachungen getroffen würden, die man dann den anderen als vollendete Tatsachen vorlegen wollte. Man werde

keine Neuverteilung der Welt beschließen, andererseits aber auch nichts festlegen, was z. B. deutsche Opfer erfordere.

Ei ja gerade die Behebung der deutschen Schwierigkeiten

einer der Hauptpunkte der Diskussion. Man wolle mit Laval sprechen, um genau festzustellen, wie weit die beiden Regierungen in der Frage einer Beteiligung an der internationalen Zusammenarbeit gehen könnten. Sollte, wie man hoffe, in gewissen Punkten eine Einigung über den einschlagenden Weg erzielt werden, so werde man diese Vorschläge den übrigen beteiligten Regierungen zur Segenachtung unterbreiten.

Borah für Revision des Friedensvertrages.

New York, 23. Oktober.

Senator Borah sprach sich heute in Washington gegenüber französischen Pressevertretern für eine Revision des Versailler Vertrages aus. Weiter erklärte er, er würde, falls die Alliierten die deutschen Reparationen streichen, die Streichung der alliierten Schulden begünstigen. Bezüglich der Abrüstung erklärte er, er erwarte, daß Frankreich für sich selbst bestimme, wie weit es abrüsten solle. Er sehe jedoch keine Aussicht auf Abrüstung in Europa, solange gewisse durch den Versailler Vertrag verschufene Zustände weiterdauern.

Wachtausübung auszuschalten! „Ist es erträglich, die Gracchen über Aufruhr klagen zu hören?“

Die Wichtigkeit der Anklage:

Und nun zu dem, was der Staatsanwalt die „Rechtfertigung der Anklage“ nennt.

Es wäre sehr wünschenswert, wenn das Komitee der sozialistischen Juristen der SAJ. vor dem Prozeß, wenn nicht den ganzen Text, so doch umfangreiche Auszüge aus diesem Dokument veröffentlichen würde.

Nichts würde besser die Wichtigkeit einer Anklage zeigen, die keinen anderen Zweck verfolgt, als der schmachtenden Behandlung, welcher die Opfer des Herrn Pilsudski in Breslau unterworfen wurden, einen Schatten von Rechtfertigung zu verleihen.

Ich wage es zu behaupten: wenn der König Albert von Belgien oder der Präsident Doumer einige ferwile, zu allem bereite Richter hätten, und sie Lust hätten mich oder Leon Blum oder Paul Boncour als Führer eines Komplotts für einen gewaltsamen Umsturz morgen in Haft zu setzen, so wäre nichts leichter, als gegen uns dieselben Beschuldigungen vorzubringen, die man gegen Liebermann und die anderen Angeklagten vorbringt.

In Tat und Wahrheit besteht ihr einziges Verbrechen darin, Mitglieder von Oppositionsparteien und zum Teil Vertrauensmänner der polnischen sozialistischen Partei zu sein, und das genügt, um sie verantwortlich zu machen, nicht für ihre persönlichen Handlungen, sondern für das, was die polnischen Sozialisten oder einzelne ihrer Mitglieder sagen oder schreiben oder tun konnten bis zu dem Tag und sogar noch darüber hinaus, an dem Liebermann und seine Freunde zusammen mit den Führern der rechten und linken Oppositionsparteien eingekerkert wurden.

Das ergibt sich unwiderleglich aus der Lektüre der Anklageschrift. Man urteile selbst:

1. Preßedelikte:

Es wird kein einziger Artikel, den die Angeklagten selbst geschrieben haben zu ihrer Belastung angeführt. Aber man sagt „Die Oppositionsparteien schreckten vor nichts zurück, um das Volk der Regierung abspenstig zu machen. Sie haben nicht einmal die Person des Präsidenten der Republik verschont, den sie mit einem „Hagel von Vorwürfen“ überschütteten und von dem sie in beleidigenden Ausdrücken die Demission verlangten.“

Wer hätte vor dem Kriege gesagt, daß der Ex-Genosse Pilsudski eines Tages zu seinen Gunsten die Wiedereinführung der Strafverfolgung der Majestätsbeleidigung fordern würde!

2. Geheime Versammlungen und Zusammenkünfte.

Die Anklageschrift stellt fest, daß Liebermann (vielleicht der größte Redner Polens) es im allgemeinen vermeidet, öffentlich zu sprechen. Die Untersuchung hat nichtsdestoweniger einige Fälle festgestellt, wo er regierungsfeindliche Reden gehalten hat.

Zum Beispiel: „Der Marschall Pilsudski hat das Volk, die Arbeiter und das Land verraten, indem er es in den Ruin führt... er hat sich mit einer Bande von Obersten umgeben, die mit Gewalt regieren.“

Am 15. Mai 1930 erklärte Liebermann auf dem internationalen Bergarbeiterkongreß in Krakau, daß die polnischen Sozialisten von dem baldigen Ende der Diktatur überzeugt seien. Die Bajonette der Obersten werden sie nicht retten. Er schloß mit den Worten: „Seien wir bereit, wir marschieren vorwärts.“

Und das ist alles! Das sind die einzigen in der Anklageschrift zitierten Tatbestände, welche Liebermann persönlich betreffen!

Wehr war nicht nötig, damit der Ex-Revolutionär Pilsudski und seine Obersten einen Mann ergreifen und in seiner Freiheit, vielleicht sogar in seinem Leben bedrohen, der ihr Kamerad war und in den ersten Reihen für die Befreiung und die Wiedererhebung seines Landes gekämpft hat!

3. Vorbereitung und Durchführung des „Centrolew“-Kongresses, der am 29. Juli 1930 unter dem Namen „Verteidigung des Volkes“ organisiert wurde.

Wir kommen also zum Krakauer Kongreß. Er war bekanntlich kein sozialistischer Kongreß. Er war ein Kongreß — den die Regierung übrigens nicht verbieten zu müssen glaubte —, an dem alle Oppositionsparteien, sowohl die rechten als auch die linken, teilnahmen.

Liebermann und seinen Mitangeklagten wird kein einziges Wort, keine einzige Rede zur Last gelegt. Aber, so sagt die Anklageschrift, die Erklärungen des Kongresses waren eindeutig revolutionär.

Man urteile darüber:

„Nachdem gegenwärtig als Folge der vom Präsidenten der Republik ergriffenen Maßnahmen die verfassungsmäßige Stimme des Parlaments schweigen muß, weil der Präsident der Republik seine Pflichten vernachlässigt und in der Frage der Veranstaltung neuer, ehrlicher Wahlen dem Wunsche der Volkvertretung nach einem Appell an das Land keine Folge gegeben hat, erheben wir, die in Krakau versammelten Vertreter der polnischen Demokratie, unsere Stimme. Wir stellen fest:

1. Der Kampf um Freiheit und Recht ist nicht nur ein Kampf des Parlaments oder des Senates, sondern ein Kampf der Nation.
2. Nur eine Regierung, welche das Vertrauen des Parlaments und des Senates besitzt, werden wir unsere entschlossene Unterstützung leisten und ihr alle unsere Kräfte zur Verfügung stellen.
3. Wir werden jedem Versuch eines Staatsstreiches mit rückhaltlosem Widerstand begegnen.
4. Die Nation ist frei von jeder Bindung gegenüber einer Regierung, die ihren Ursprung in einem Staatsstreich hat, und die von dieser illegalen Regierung gegenüber dem Ausland eingegangenen Verpflichtungen werden von der Republik nicht anerkannt werden.
5. Auf jeden terroristischen Versuch werden wir mit der Anwendung von Gewalt antworten.“

Bersteht man jetzt, warum Liebermann und seine Freunde ihren zuständigen Richtern entzogen wurden und für ihre

Torpedierung des Wirtschaftsbeirats

Wünsche der Unternehmer. — Die Antwort der Gewerkschaften.

Die „Kölnische Zeitung“ veröffentlichte einen Artikel über den Wirtschaftsbeirat der Reichsregierung, in dem u. a. folgender Passus enthalten war:

„Die Verhandlungen des Wirtschaftsbeirates werden ihren Höhepunkt an dem Tage erreichen, an dem über zahlreiche Tarifverträge und damit über die Arbeitsbedingungen mehrerer Millionen deutscher Arbeiter und Angestellten die Entscheidung fällt. Herrscht im Wirtschaftsbeirat auf allen Seiten ernstere Verständigungswille, so werden die erzielten Ergebnisse sofort in praktische Tarifverträge eingebaut werden können.“

Die gewerkschaftlichen Spitzenverbände aller Richtungen veröffentlichten dazu folgende gemeinsame Erklärung:

„In der „Kölnischen Zeitung“ und auch in anderen Blättern befinden sich Mitteilungen über den voraussichtlichen Inhalt der bevorstehenden Verhandlungen des Wirtschaftsbeirates der Reichsregierung, die, falls sie auch nur annähernd zutreffen, nach einmütiger Ansicht der gewerkschaftlichen Spitzenverbände die Verhandlungen des Wirtschaftsbeirates ernstlich gefährden müßten. Die Gewerkschaften weisen darauf hin, daß ihre Mitwirkung an solchen Verhandlungen von der Voraussetzung ausgeht, daß Zweck und Aufgabe der Arbeiten des Wirtschaftsbeirates auf den Inhalt der letzten Regierungserklärung im Reichstag beschränkt bleibt.“

Reichskanzler Dr. Brüning sagte im Reichstag mit Bezug auf den Wirtschaftsbeirat folgendes:

„Die Reichsregierung, die sich schon in den vergangenen Monaten des Rates hervorragender wirtschaftlicher Sachverständiger bedient hat, hat in Uebereinstimmung mit dem Herrn Reichspräsidenten beschlossen, einen Wirtschaftsbeirat zu ernennen, der der Reichsregierung in den wechselvollen Entwicklungen der Krise zur Seite stehen soll. Mit ihm gemeinsam wird in kurzer Frist ein

Wirtschaftsprogramm für die nächsten Monate ausgearbeitet. Dieses Programm hat als erste Voraussetzung die Wahrung der Stabilität unserer Währung, an der unter keinen Umständen gerüttelt werden darf.“

Der Reichskanzler hat also als Beratungsgegenstände genannt ein Wirtschaftsprogramm und die Sicherung der Währung, die für jenes die Voraussetzung sei. Die Unternehmer kennen kein anderes „Wirtschaftsprogramm“ als den Abbau der Löhne, Gehälter und Tarifverträge. Die Reichsregierung wird deshalb gut daran tun, sofort klar und unmißverständlich bekanntzugeben, ob sie die Lohn- und Tariffragen zu den Aufgaben des Wirtschaftsbeirates zählt. Eine derartige Erklärung ist wohl in Aussicht gestellt worden, bisher jedoch nicht erfolgt.

Gewerkschaften beim Wirtschaftsminister

Der Reichswirtschaftsminister Dr. Warmbold hatte gestern vormittag die Vertreter der gewerkschaftlichen Spitzenverbände zu sich gebeten, um sich ihnen vorzustellen und mit ihnen persönlich Fühlung zu nehmen. Für den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund waren seine Vorsitzenden Leipart und Eggert erschienen, für den Allgemeinen freien Angestelltenbund Stähr und Suhr, für die christlichen Gewerkschaften Dite und Sahn, für den Gewerkschaftsring Schneider, Lemmer und Neufeldt.

Bei dieser ersten persönlichen Fühlungnahme wurden eine Reihe Fragen angeschnitten, so besonders die Preisgestaltung der Lebensmittel, die Notwendigkeit, mit dem Lohnabbau endlich Schluß zu machen und schließlich die unparteiliche Zusammenfassung des Wirtschaftsbeirates und dessen Programm.

Vor einem Demonstrationsverbot.

Erwägungen im Reichsministerium des Innern.

Innerhalb der Reichsregierung schweben zurzeit im Zusammenhang mit den jüngsten blutigen Vorgängen in Braunschweig Erwägungen über ein allgemeines Demonstrationsverbot, das bis zum 31. März begrenzt sein soll. Außerdem wird erwogen, ob es angebracht ist, bis zum gleichen Termin ein allgemeines Uniformverbot zu erlassen.

Die Harzburger entlarvt!

Eine Enthüllung im Landtag. — Landtag vertagt.

Der Preussische Landtag beendete am Freitag seine Oktobertagung. Zur Abwechslung hatten die Deutschnationalen, nachdem der Landtag am Donnerstag Sublimen gefeiert hatte — Ablehnung

Handlungen, die in Krakau geschahen, vor ein Warschauer Gericht und unter einen anderen Straftatbestand gestellt wurden?

Wo ist das Gericht in einem Lande, in dem auch nur noch der Schatten von politischer Freiheit herrscht, das Männer pervertieren würde, welche sich nur dessen schuldig gemacht haben, daß sie die Rechte des Parlaments, die Illegalität der Diktatur verkündet und daran erinnert haben, daß nach der Erklärung der Menschenrechte der Zustand gegen die Tyrannei die heiligste der Pflichten ist.

4. Bewaffnete Vorbereitungen.

Auch hier stellt die Anklageschrift keine einzige Handlung fest, die Liebermann und seinen Mitangeklagten zur Last gelegt werden könnte. Aber:

„Die Oppositionsparteien, die den Centrolew bilden, haben eine bewaffnete Miliz geschaffen, die Führung fiel hier der PPS. (Sozialistische Partei Polens) zu.“

Es handelt sich offenbar um die Miliz der republikanischen Verteidigung, die die polnischen Oppositionsparteien nach dem Muster des Reichsbanners, des österreichischen Schutzbundes, der belgischen Arbeiterschutzmiliz usw. organisiert haben.

Wenn es ein Verbrechen ist, nicht eine solche Miliz organisiert zu haben, sondern einer Partei oder Parteiengruppe anzugehören, welche sie ins Leben gerufen hat, so könnte man unter demselben Titel auch Otto Wels in Deutschland, Otto Bauer in Oesterreich und Louis de Brodère in Belgien anklagen!

5. Terroristische Aktionen der Kampfformationen der PPS.

Ich zitiere hier wörtlich die Anklageschrift:

„Diese Formationen wurden im Jahre 1930 organisiert... Sie haben ein Attentat auf den Marschall Pilsudski vorbereitet, wurden aber verraten. Die Terroristen haben dem Angeber schwere Verletzungen beigebracht... In Eghochona ereigneten sich Morde an der Regierung ergebenden Funktionären.“

Es ist hier nicht der Ort, heute darüber zu diskutieren, was an diesen Anschuldigungen wahr oder falsch ist, was diese „Kampfformationen“ wirklich gewesen sind, welche Rolle die PPS bei ihrer Organisierung spielte, vorausgesetzt natürlich, daß sie jemals existierten. Es genügt, festzustellen, daß man nicht einmal versucht zu behaupten, daß Liebermann und seine Mitangeklagten in irgendeiner Weise auch nur im entferntesten mit dieser „terroristischen Aktion“ verbunden gewesen seien.

So daß das Endergebnis der Analyse der Anklageschrift, welche, wie wir behaupten, sachlich und vollständig durchgeführt wurde, zeigt, daß nichts, absolut gar nichts festgestellt wurde, was ein strafrechtliches Verschulden der Angeklagten bedeuten würde.

Man klagte sie keiner persönlichen Handlung an, ausgenommen ihrer Reden, die aber nichts Geschwändriges ent-

des 25. Mißtrauensvotums gegen das gesamte Staatsministerium —, einen Mißtrauensantrag gegen den Minister Steiger eingebracht, der Anlaß zu einer großen Agrardebatte gab.

Wir haben über den Beginn der Aussprache bereits im „Abend“ berichtet. Im weiteren Verlauf der Aussprache unternahm der Landvolkabgeordnete Meyer-Hermsdorf eine Enthüllung über die nationale Opposition, die man sich merken muß. Bei der sogenannten „nationalen“ Opposition, so führte er aus, sei der größte Teil Heuchelei, und zum Beweis trug er vor:

Nach der entscheidenden Abstimmung im Reichstag hat der deutschnationale Abgeordnete Hilger-Spiegelberg geäußert: Gott sei Dank, daß Brüning am Ruder geblieben ist, sonst ginge es uns allen dreadig.

Der Landtag vertagte sich dann. Die Abstimmung über den neuen Mißtrauensantrag findet in einer Sonder Sitzung am 4. November statt.

halten. Man klagt nur die Tätigkeit der Partei an, deren Mitglieder sie sind, ohne aber auch nur zu versuchen, die gegen diese gerichteten Anklagen zu beweisen.

Der Prozeß gift der SAJ.

Ich wäre zu Ende, wenn nicht der Inhalt des letzten Abschnittes der Anklageschrift gegen Liebermann bewirkte, daß dieses seltsame Aktenstück an Ungeheuerlichkeit wenn möglich alles übertrifft, was man in den von der Tscheka oder der GPU fabrizierten Akten finden kann.

Man beschränkte sich nicht nur darauf, die Angeklagten für Revolten oder Gewaltakte verantwortlich zu machen, die sie nach ihrer Verhaftung ereigneten und die ihren Grund in der Empörung haben, welche diese Verhaftungen in der Arbeiterschaft auslösten.

Man geht noch weiter.

Man beruft sich gegenüber den Angeklagten auf Schriften, die während ihrer Gefangenschaft von Sozialisten verfaßt wurden, welche unter dem Einfluß der Entrüstung über die schlechte Behandlung der Gefangenen die Geschehnisse von Breslau-Bitow der öffentlichen Meinung kundgaben.

Zitieren wir noch einmal:

1. „Die Herausgabe einer Broschüre durch die Internationale mit einem Vorwort von Vandervoelde verdient besondere Aufmerksamkeit. Diese Broschüre, welche die polnische Regierung verleumdet, wurde während der Sitzung des Bänderbundes in Genf verteilt und dies in einem Augenblick, wo die Lage der polnischen Vertreter besonders schwierig war...“

Das hat man übrigens bemerkt:

2. „Die zahlreichen Artikel von Vandervoelde, Leon Blum, Mier und anderen zeugen davon, daß die PPS, die ausländischen sozialistischen Elemente zugunsten der Centrolew beeinflusste...“

Wahrlich, es wäre lustig und man könnte lachen, wenn Liebermann und seine Freunde nicht in den Händen von Leuten wären, die darauf ausgehen, sie politisch, wenn nicht physisch zu vernichten.

Nicht sie sind es, nicht ihre Handlungen, über die man urteilen will: es ist die PPS, es ist die Internationale.

Ruin soweit es von uns abhängt, wird die Internationale am Warschauer Prozeß vertreten sein. Sie wird dort sein, um durch ihre Anwesenheit den Angeklagten ihre Solidarität und ihre Sympathie zu beweisen und zu wahren, was unter der polnischen Diktatur noch an Rechten der Verteidigung besteht, und um draußen den wahren und vollständigen Bericht darüber abzugeben, was sich ereignet hat.

Wenn die Internationale nicht dort wäre, dann deshalb, weil sie von der polnischen Regierung daran verhindert worden ist. Wir wollen aber annehmen, daß die polnische Regierung gegebenenfalls die kluge Haltung einnehmen wird, welche der italienische Faschismus kürzlich bei einem Prozeß beobachtet hat.

Die Tragödie der Not. Ursachen der Verzweiflungstat des Bauarbeiters Loge.

Die weiteren Ermittlungen bei der Familientragödie in der Kadiner Straße haben ergeben, daß Bewohner des Vorderhauses die Leiche des Arbeiters Loge in der Tür von der Küche zum Korridor durch das Küchenfenster erblickten. Sie alarmierten die Feuerwehr, um den Leichnam bergen zu lassen. Dabei bemerkten die Feuerwehrleute einen penetranten Verwesungsgeruch aus dem anstößend an Jhm-er, wo die Leichen der Angehörigen lagen. Die Ehefrau eines klagenden Schiedsverlegers auf, während dem vierjährigen Knaben der Hals durchschnitten war. Der sieben Monate alte Säugling hatte keine äußeren Verletzungen, so daß anzunehmen ist, daß das Kind Hungers gestorben ist. Unter den Betten zeigten sich große Blutlachen, die von den Betten aus den Fußboden durchgesickert waren. Die Leichen waren mit den Bettdecken verhüllt und mit Blumen geschmückt. In der Küche wurden auf dem Tisch Abschiedsbriefe vorgefunden.

Die gräßliche Bluttat des Arbeiters Kurt Loge lenkt die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die Not der Berliner Bauarbeiter. Kurt Loge war einer von den 30 000 erwerbslosen Bauarbeitern Berlins. Er war Hilfsarbeiter. Seit zwei Jahren war er arbeitslos. Durch die Kürzung der Unterstützungssätze für die Bauarbeiter, die bekanntlich als „Saisonarbeiter“ weniger Unterstützung erhalten als die übrige Arbeiterschaft, bekam er zuletzt nur noch 14 M. wöchentlich für seine vierköpfige Familie. Wie fast alle anderen langfristigen erwerbslosen Bauarbeiter konnte er von der fargen Unterstützung seine Miete nicht mehr bezahlen. Schon im vergangenen Winter war Loge mehrere Monate lang die Miete rückständig. Im Laufe des Sommers gelang es ihm aber, für einige Zeit eine Aushilfsarbeit zu bekommen. Sofort zahlte er von dem Lohn die rückständige Miete dem Haus-

wirt ab. Dann war aber die Aushilfsstätigkeit beendet und das Geld verschärft sich mehr und mehr. Nun ging Loge vor ungefähr sechs Wochen aufs Land. In der Nähe von Strausberg verdingte er sich beim Kartoffelbuddeln, um Nahrung für seine Familie heranzuschaffen. Es gelang dem Verzweifelten jedoch nicht, seine angesammelten Mietschulden abzutragen. Schließlich war er drei Monate lang die Miete schuldig; wie uns die Schwester des Toten mitteilt, eine Summe von 90 M. Da er die 90 M. nicht auf-treiben konnte, ließ der Hauswirt der unglücklichen Familie die Räumungsklage zustellen. Diese nahm sich der erst 25jährige Bauhilfsarbeiter so zu Herzen, daß er seine Frau, seinen vierjährigen Sohn Robert und sein 7 Monate altes Kind Günther erschlug, um sich dann selbst zu erhängen.

Die wenige Häuser entfernten wohnenden Verwandten hatten sich während der größten Not schon der Kinder der jungen Familie angenommen. Sie wurden vom Schwager verpflegt. Der Schwager hat aber selbst nur eine Aushilfsstelle in der Berliner Konfektion. Beim Schwager wohnt der Vater des Toten. Er ist ebenso wie sein Sohn Bauhilfsarbeiter und auch schon über ein Jahr erwerbslos. Es kam hinzu, daß die Schwester des Toten erkrankte und sich in den letzten Tagen nicht mehr um die Kinder kümmern konnte. In seiner Verlassenheit beging Kurt Loge dann die Verzweiflungstat. Auf dem Tisch lag die Räumungsklage. . .

In einer nicht viel weniger verzweifelten Lage befinden sich rund 30 000 Bauarbeiter Berlins. Fast auf keinem großen Bau wird weitergearbeitet und wenn die wenigen Fassadeausbesserungen beendet sind, werden 100 Proz. der Berliner Bauarbeiterschaft ohne Arbeit sein. Es müssen alle Anstrengungen gemacht werden, um Geldmittel und Arbeitsmöglichkeiten für die notleidenden Bauarbeiter heranzuschaffen, ehe es zu weiteren Katastrophen kommt.

Die Not der Mieter.

Forderungen der Sozialdemokratie im Preussischen Landtag.

Ein Antrag der Sozialdemokratie im Preussischen Landtag weist darauf hin, daß die Entwicklung der wirtschaftlichen Lage den Mietern in immer größerem Umfang die Möglichkeit nimmt, ihren Verpflichtungen aus den Mietverträgen nachzukommen. Der dadurch eingetretene Mietausfall, besonders in Neubauten, bringe die Wohnungsunternehmungen in größte Gefahr. Der Zusammenbruch der Unternehmungen werde unvermeidlich, wenn nicht geeignete Hilfsmassnahmen getroffen würden. Das gleiche gelte natürlich auch für die Einzelmietler und die Kleinhausbesitzer.

Der Landtag wolle deshalb beschließen, das Staatsministerium zu ersuchen: 1. die Verzinsung bzw. Tilgung der Hauszinssteuerhypotheken-Darlehen auszuheben, 2. mit allem Nachdruck auf eine Senkung der Zins- und Tilgungssätze für sonstige Hypotheken hinzuwirken, 3. auch die vor dem 1. April 1931 fertiggestellten Neubauten von der gemeindlichen Grundvermögenssteuer, soweit das bisher nicht geschehen, freizustellen, 4. bis zum Erfolg der Bemühungen für eine Hypothekenerbilligung nach Lage des einzelnen Falles Zinszuschüsse zu gewähren.

Todessturz vom Baugerüst.

Auf dem Hof des Grundstückes Mainzer Straße in Wilmersdorf ereignete sich gestern ein schwerer Unglücksfall. In den Nachmittagsstunden war eine Kolonne von Gerüstarbeitern mit dem Aufrichten eines Baugerüsts beschäftigt. In der Höhe des dritten Stockwerkes war der 45jährige Gerüstbauer Rudolf Stolz aus

der Fontanepromenade in Berlin tätig. Stolz verlor plötzlich den Halt und stürzte kopfüber auf den Hof hinab, wo er mit zerquetschten Gliedern tot liegen blieb.

Auf tragische Weise kam gestern die einjährige Ameliese D. aus der Stindefstraße in Stettin ums Leben. Die Kleine spielte in der Küche und fiel, als die Mutter einen Augenblick den Rücken gekehrt hatte, in einen mit Wasser gefüllten Eimer. Als die Frau schon nach wenigen Minuten zurückkehrte, war die Kleine bereits tot.

Raffenräuber am Werk.

Zwei Kolonnen erbeuten 500 M. in Lebensmittelgeschäften

In den gestrigen Abendstunden wurden in Pankow und Reinickendorf die Raffen zweier Lebensmittelgeschäfte von jungen Burschen ausgeraubt, ihnen fielen etwa 500 M. in die Hände.

Der erste Raubfall spielte sich um 18.45 Uhr in der Florastraße 23 in Pankow ab. Dort drangen vier Burschen mit vor-geladenen Pistolen in die Butterkassa der Firma Reichelt ein. Einer der Täter ging auf die Ladentasse zu und raubte einen Betrag von 150 bis 200 M. Die Täter flüchteten und entkamen. Ein ähnlicher Raubfall spielte sich in der Butterkassa von Thürmann in der Kroschke-Allee 149 in Reinickendorf ab. Kurz vor Ladenschluß stürmte eine Kolonne von fünf jungen Leuten in das Geschäft. Drei von ihnen hatten Pistolen in den Händen und forderten die Verkäuferinnen und mehrere Kundinnen, die gerade im Geschäft anwesend waren, auf, sich völlig ruhig zu verhalten. Während zwei der Täter einen Stapel Konservendbüchsen umkippten, um die Aufmerksamkeit abzulenken, plünderte einer ihrer Komplizen die Ladentasse. In diesem Falle fielen ihnen 300 M. in die Hände. Unter Mitnahme größerer Mengen Lebensmittel flüchtete die Bande.

3000 Mark Belohnung. Kriminalpolizei auf Mörderfrage. — Wichtige Zeugen-mitteilungen.

Für die Aufklärung der beiden gestrigen Mordtaten sind von den Behörden im Laufe des Freitags 2000 M. Belohnung aus-gesetzt worden. Der Regierungspräsident von Potsdam hat für die Dingfestmachung des Mörders an der 70 Jahre alten Frau Jastin aus Basdorf 1000 M. und der Berliner Polizeipräsident gleich-falls 1000 M. für die Festnahme des jugendlichen Mörders an der 76jährigen Frau Wabnitz aus der Angermünder Straße 6 an-gelobt. Zu gleicher Zeit sichert die Oberpostdirektion Berlin demjenigen 1000 M. Belohnung zu, der zur Ermittlung der beiden Täter beiträgt, die am Mittwochvormittag den Geldbriefträger in der Florapromenade überfielen und rund 800 M. raubten.

In allen vorgenannten Fällen ist die Polizei mit den Nach-forschungen eifrig beschäftigt. Es sind bereits eine ganze Reihe von Zeugenmitteilungen eingelaufen, die sich zum Teil als haltlos er-wiesen haben, zum anderen Teil noch nachgeprüft werden müssen. In dem Basdorfer Mordfall sind der Mordkommission Lobbes-Stiller verschiedene Personen als der Tat verdächtig ge-nannt worden. So ist zwei Tage vor dem Mord ein Kollektio-nar in Basdorf gesehen worden, der auch das Haus von Jastin aufsuchte. Nach diesem Mann wird zur Zeit gefahndet. Anderer-seits glaubt man, daß für die Täterschaft ein Mann in Frage kommt, der als Interessent des zum Verkauf stehenden Siedlungs-hauses austrat und sich dabei das Vertrauen der alten Frau er-schlichen hat. Der Täter glaubte vielleicht größere Beute zu machen; nach den Feststellungen und den Angaben des Mannes der Er-mordeten fehlen aber nur einige Gegenstände von geringem Wert und ein kleiner Barbetrag. Jastin hatte vor einigen Tagen in einer Berliner Zeitung sein Haus zum Verkauf angeboten und mehrere Käufer hatten sich gemeldet. Die beiden Radfahrer, die am Mord-tage in der Nähe des Jastinschen Hauses gesehen wurden und in den Verdacht der Tat geraten waren, sind inzwischen ermittelt worden. Sie kommen für den Mord aber nicht in Frage.

Unter Hinweis auf die ausgesetzte Belohnung werden alle Personen, die zu den Mordtaten Mitteilungen machen können, ge-beten, ihre Wahrnehmungen dem Polizeipräsidenten in Berlin, Serolina 0023, zu machen.

Schimpfheld Loepelmann. Zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Einspruch verworfen

In einer nationalsozialistischen Versammlung hatte der nationa-lsozialistische Reichstagsabgeordnete Studienrat Dr. Loepel-mann den Berliner Polizeipräsidenten Dr. Weiß „Idiot mit der langen Nase“ genannt. Dr. Loepelmann erhielt darauf einen Strafbefehl über einen Monat Gefängnis, gegen den er Einspruch erhob.

Das Schöffengericht Neutölln verwarf aber den Einspruch Dr. Loepelmanns und verurteilte ihn in Abwesenheit zu einem Monat Gefängnis. Auf die Berufung hin verwies die dritte Große Strafkammer beim Landgericht II die Sache an das Schöffengericht Neutölln zurück, weil Dr. Loepelmann begründet um Ver-setzung des Prozesses gebeten habe. Das Schöffengericht Neutölln erkannte darauf auf eine Strafe von zwei Wochen Gefängnis. Auch gegen dieses Urteil war sowohl von Dr. Loepelmann wie auch von der Staatsanwaltschaft Berufung eingelegt worden. Die vierte Große Strafkammer beim Landgericht II unter Vorsitz von Land-gerichtsdirektor Dr. Schmidt verwarf nunmehr in der erneuten Berufungsverhandlung die Berufung Dr. Loepelmanns und er-höhte auf die Berufung der Staatsanwaltschaft die Strafe wieder auf einen Monat Gefängnis. Nach der Urteilsbegründung sei die Strafe deshalb so hoch ausgefallen, weil es sich bei dem beleidigten zunächst um einen hohen Würdenträger handle. Außerdem könnten aber die Gerichte nur durch abschreckende Strafen zur Bereinigung des politischen Kampfes beitragen.



Loriot beugte sich vor, „ich habe sie auf heute Nachmittag zum Tee eingeladen mit noch einigen anderen, darunter den ärgsten Klatschbasen der Stadt. Du mußt sie lebenswürdig empfangen und betonen, wie lieb es dir wäre, wenn sie öfter käme — oder frag sie, ob sie unserer kleinen Germaine nicht Musikunterricht geben will, da ich so beschäftigt sei . . . Sage, was du willst — die Hauptsache ist nur, daß sie nach außen rehabilitiert wird.“

Johanna Loriot atmete schwer. Dann sagte sie leise aber fest:

„Ich kann nicht Komödie spielen, und ich will es auch nicht. Aber abgesehen davon — hast du vergessen, wie krank Dolf ist? Wie kann ich heute zum Tee empfangen, solange der arme Junge von Tag zu Tag schwächer wird und —“

„Der Junge, der Junge, der arme Junge! Herr des Himmels, das höre ich nun schon seit Monaten! Gibt es denn nichts mehr als den Jungen! Bin ich denn nicht mehr für dich da? Hast du nichts mehr für mich übrig, willst du mich mit Gewalt von deiner Seite treiben? Jeanne, hast du alles vergessen, was zwischen uns war, ist denn alles zu Ende! Liebst du mich nicht mehr, Jeanne?“

Er riß die Frau zu sich empor und umfaßte sie leidenschaftlich. „Hast du die Zeit vergessen, als wir uns im Park Ariana trafen, als du deine Pensionsmutter hundertmal betrogst, als du tausendmal Komödie spieltest, um mich zu sehen? Hast du vergessen, wie du hinter dem Rücken deiner Eltern dich mit mir triffst, als du nach der Pension nach Hause kamst, wie du deinem Vater verächtlich, den jungen Pianisten, der hier konzertierte, nur flüchtig zu kennen, obwohl wir uns schon so nahe standen, obwohl du damals schon meine Frau warst, auch ohne Standesamt? Und jetzt, nachdem du mir zwei Kinder geboren hast, willst du mich aufgeben, willst du diese fidele Entschuldigung vorreden, du könntest nicht Komödie spielen? Und Dolf — denkst du, mir tut es nicht leid genug, daß der Junge krank ist? Habe ich nicht an den Professor der Universitätsklinik geschrieben und ihm ein Sündenbonorarium an-

geboten, wenn er die Operation übernehmen wollte! Habe ich nicht sämtliche hiesigen Ärzte zu Rate gezogen? Weiß Gott, ich bin doch kein Rabenvater! Ich liebe doch den Jungen auch, er ist doch auch mein Kind. Aber wird er gesünder dadurch, daß du niemand mehr empfangst, daß du dich abschleiffst und die einfachsten gesellschaftlichen Verpflichtungen, die wir nun mal hier haben, vernachlässigst? Wird er dadurch gesünder, daß du mich zurückstößt, mich im Stich läßt, jetzt, wo du allein mir helfen kannst! Jeanne — kannst du so hart, so mitteillos gegen mich sein?“

Er hob ihr Gesicht an das seine und preßte seine Stirn an ihre Wange.

„Und wie soll das weitergehen mit dir und Fräulein Düring und — mit mir?“

Tonlos klang ihre Stimme. Loriot aber warf übermütig den Kopf zurück.

„Wie das weitergehen soll?“ wiederholte er. „Meinst du, ich werde mir die Düring, diesen Kader, nicht vom Hals schaffen? Ich habe Lehrgeld genug bezahlt für diese Dummheit, ich habe das satt bis hier.“

Seine Hand fuhr an den seidenen Hemdkragen. Dann umschlang er die Frau mit beiden Armen und küßte sie stürmisch.

Johanna Loriot überließ sich ihm für einige Augenblicke, dann machte sie sich sanft frei und streckte ihrem Mann die Hand entgegen:

„Ich will dir auch diesmal glauben, ich muß dir glauben, André.“

5.

Behagliche Wärme, strahlende Helligkeit durchzog die drei Räume im Erdgeschoß des kleinen Landhauses. Im Musikzimmer stand eine kleine Gruppe von Gästen um den Haus-herrn, der soeben seine größte Kostbarkeit, eine Sammlung alter Flöten aus Silber und Ebenholz seinen Besuchern zeigte.

Dann ging man zu dem Betrachten von Autogrammen und Photographien berühmter Musiker über, die Loriot teil-weise selbst gekannt hatte. Er besah Briefe von Reinecke und Grieg, von Hans von Bülow und Taderewski, von Schallapin und Caruso und vielen anderen. Eine kleine Widmung von Johannes Brahms, die der Meister wenige Tage vor seinem Tode dem jungen Künstler, dessen musikalische Begabung ihn begeisterte, in ein Notenheft schrieb, wurde besonders ehr-fürchtig betrachtet und ging von Hand zu Hand.

Nebenan im kleinen Salon und im Esszimmer leuchteten nur die Tisch- und Stehlampen, was den Räumen ein be-

sonders intimes, anheimelndes Aussehen gab. Der Teetisch summt leise, und die alte französische Uhr auf dem Kamin schlug hell und klingend die sechste Stunde.

„Kommen Sie“, Frau Loriot zog eine ältere, würdig dreinschauende Dame an ihrer Seite nieder und winkte auch den übrigen Gästen. Fräulein Düring ist wohl aufgehoben worden — beginnen wir einstweilen mit dem Tee und ver-schieben wir die Musik auf später.“

Im gleichen Augenblick tönte die Klingel, und wenige Sekunden später trat die Erwartete ein. Sie sah frisch und blühend aus in dem meergrünen Nachmittagskleid, das ihr rotgoldenes Haar wundervoll zur Geltung brachte. In der Hand trug sie einige Rosen, die sie Frau Loriot überreichte.

Die beugte sich vor und küßte das junge Mädchen auf die Wange. Dann drohte sie ihr scherzend mit dem Finger.

„So strahlend frisch sieht nur aus, wer von einem Rendezvous kommt“, sagte sie lächelnd. „Belichten Sie mal schleunigt: Wer ist der Glückliche, der Sie uns eine volle Stunde lang entzogen hat?“

Das junge Mädchen schüttelte lachend den Kopf und sang mit heller, jubelnder Stimme ein paar Takte der Arie der Margelline aus dem „Fidelio“.

Dann broch sie ab und warf einen raschen Blick zu Loriot hinüber. „Übernehmen Sie meine Verteidigungsrede, lieber Herr Professor“, sagte sie kokett. „Sie wissen, daß meine Liebe nur der Musik gehört!“

Zwei der anwesenden Damen tauschten einen höhnischen Blick. Aber Loriot hatte seine Freude an diesem lecken Spiel, das wie schäumender Champagner auf ihn wirkte. Er erhob sich und verjuchte, seiner schlanken Gestalt eine würdevolle Haltung zu geben.

„Les ris sont maintenant et les pleurs superflus“, zitierte er pathetisch aus Alfred de Musset. So kommen Sie nicht weg. Ich als Ihr Anwalt, den Sie soeben vor diesen Zeugen gewählt haben, habe das Recht, die volle Wahrheit zu erfahren. Also gestehen Sie, Angeklagte, und erleichtern Sie ihr Gewissen: Bem von den jungen Herren des Städtchens haben Sie den Kopf verdreht!“

„Es braucht ja nicht gerade ein junger Herr zu sein“, fiel nun Fräulein Holl, die magere Gesanglehrerin der Ober-klassen etwas herausfordernd ein. Die Margelline des „Fidelio“ hat bekanntlich ihren jungen Jacquino verführt.“ (Fortsetzung folgt.)

*) „Dein Lächeln und auch deine Tränen sind nun überflüssig.“

Pasteur-Institut und Lübeck.

Nachrechnung des deutschen Gerichts als wissenschaftliche Instanz
Lübeck, 23. Oktober.

In der Verhandlung des Tuberkulose-Prozesses beschäftigte sich das Gericht erneut mit der Frage, ob nicht doch vielleicht eine Verwechslungsmöglichkeit im Laboratorium des Lübecker Krankenhauses bestanden haben könne.

Die Schwester Anna Schühe wurde befragt, auf welche Art eine Verwechslung überhaupt hätte vorkommen können. Die Angeklagte betonte, daß sie nicht an die Möglichkeit irgendeiner Verwechslung glaube. Sie habe die Abimpfungen von BCG-Kulturen stets im kleinen Laboratorium gemacht, in dem sich keine humanen Bazillen befänden. Von den flüssigen Nährböden, auf denen sich die BCG-Kulturen befunden hätten, seien die Abimpfungen stets getrennt erfolgt von den Abimpfungen der festen Böden, auf denen die humanen Bazillen gezogen worden seien. Es sei ausgeschlossen, daß bei der Herstellung der Emulsion eine Verwechslung stattgefunden habe.

Man sprach dann über die Etikettierung der einzelnen Kulturen. Diese Frage ist wesentlich, da man eine nichtetickettierte Kultur humaner Bazillen im Eischrank fand. Die Schwester betont, sie habe sämtliche Kulturen mit einem Etikett versehen; es sei aber vorgekommen, daß infolge der Wärme im Brutschrank oder der Kälte im Eischrank sich einzelne Zettel lösten, die sie dann wieder angeklebt habe. Die Schwester hatte im Untersuchungsausschuß erklärt, der Schlüssel zum Brutschrank im großen Laboratorium habe an einer bestimmten Stelle gelegen, während sie in der Verhandlung sagte, sie habe den Schlüssel stets bei sich getragen. Heute erklärt sie, diese Aeußerung nicht getan zu haben. — Die Nebenkläger stellten daraufhin einen Beweisanspruch, daß diese Aeußerung tatsächlich im Untersuchungsausschuß gefallen sei, monach jeder an den Brutschrank hätte herankommen können.

In der weiteren Verhandlung wurde Rechtsanwalt Dr. Frey plötzlich abgerufen. Wie man nachträglich erfuhr, hatte er sich mit dem Pasteur-Institut in Paris in Verbindung gesetzt und mit Professor Guérin gesprochen. Dieser gab eine Erklärung ab, in der es heißt:

dem Pasteur-Institut sei nichts von einer durch BCG-Fütterung in Bulgarien verursachten Katastrophe bekannt. Das Institut lehne es ab, irgendeine Aeußerung zu dem Tuberkulose-Prozess und vor einem deutschen Gericht abzugeben.

denn das Pasteur-Institut halte ein Gericht nicht für die zuständige Instanz, um vom wissenschaftlichen Standpunkt aus eine Entscheidung über BCG zu treffen

300 Mt. für üble Nachrede.

Ein Nazistudent als Versammlungsredner.

Ein 20jähriger Nationalsozialist namens Johann Prochnow, Student der Theologie, der also auf Kosten der Republik sich auf der Hochschule seine Bildung holt, gestiefel am 1. Februar d. J. auf einer Naziversammlung in Drewitz bei Potsdam in sinnlosen Stammtischgesprächen. Er bemängelte in einer Weise, die wegen ihrer geschmacklosen Beistimmigkeit nicht wiedergegeben werden kann, die angebliche Abstammung des Polizeipräsidenten Grzesinski. Der Polizeipräsident stellte gegen den Burschen Strafverlangen wegen übler Nachrede.

In der gestrigen Verhandlung vor dem Schöffengericht Schöneberg erklärte der Polizeipräsident als Zeuge, daß die Nazibedenken nur jüdischen Abstammung von ihm her als ausgiebig unter Eid widerlegt worden sei. Wenn er einen Strafverlangen in diesem Falle wie in vielen anderen gestellt habe, so nicht, weil er etwa in der jüdischen Abstammung eines Menschen einen Makel erblicke, sondern nur deshalb, weil die Art, wie seine angebliche jüdische Abstammung herangezogen werde, eine Ehränkündigung für seine Mutter darstelle; als Sohn halte er sich aber für verpflichtet, die Ehre seiner Mutter zu schützen.

Der Staatsanwalt beantragte 6 Wochen Gefängnis wegen übler Nachrede. Das Gericht hielt angesichts der geistigen Unreife des Angeklagten eine Geldstrafe in Höhe von 300 M. für ausreichend. In der Urteilsbegründung hieß es unter anderem, daß der Bormur der jüdischen Abstammung an und für sich keine Beleidigung darstelle. Unter besonderen Umständen könnte dieser Bormur jedoch eine Beleidigung sein; das war hier der Fall, da die Zuhörer, für die die Aeußerungen des Angeklagten bestimmt waren, der Ansicht seien, daß die jüdische Abstammung einen Menschen zur Beleidigung hoher Staatsämter ungeeignet mache. Also lag hier die beleidigende Absicht vor.

50 Jahre 120. Gemeindeschule.

1881, vor 50 Jahren, wurden die „Wäden“ endlich abgerissen, jene schon von ihrer Errichtung an kausfälligen Häuser, die in Zeiten katastrophalen Wohnungsmangels, um 1820 herum, von dem Kammerherrn von Bullnig erbaut wurden. Eine gewinnbringende Spekulation: Die armen Bewohner mußten es ausbaden; 200 Menschen wohnten zeitweilig in den fünf Häusern, oft zwei Familien in einer einzigen Stube. Die vielen verwehrtesten Kinder aber schwärmten in der Umgegend wie Ratten und gaben den Häusern ihren Namen. 1881 wurden sie endlich nach vielstem Drängen der Presse abgerissen.

In ihrer Stelle wurde die 120. Gemeindeschule, Gartenstraße, gebaut. Die Schule feiert jetzt also ihr 50jähriges Bestehen. Der große Saal der „Germaniastraße“ ist gedrängt voll. Alle Eltern, alle Schüler, Schützlinge bis Siebzehnjährige, die Schüler der Schule bei ihrer Errichtung waren, die Lehrer, sind in froher Feststimmung versammelt. Der Rektor Krafft gibt in seiner Ansprache einen kurzen Entwicklungsgang der Schule. Das Schulorchester unter Leitung des Musiklehrers Paech spielt Werke von Blud, Händel, Mozart, die Kindersinfonie von Komberg. Den Höhepunkt bilden musikalische Szenen aus „Wir bauen eine Stadt“ von Hindemith: Auf der Bühne singende, fröhliche Jungen als Maurer, Architekten, Zimmerleute unter der Leitung der Herren Tropp und Günther selbstgebaute, farbig reizende Papphäuser. Das nur aus Schülern und einigen älteren Schülern bestehenden Orchester leistet Erstaunliches. Es ist sicher eine Seltenheit, daß an einer Volksschule ein Orchester überhaupt besteht. Wieviel Opferfreudigkeit und intensive Arbeit seines Dirigenten gehört aber dazu, um solche Leistungen zu erreichen. Nicht vergessen soll die reizende Auführung „Die Schulgelster“ werden, von der Lehrerin Fr. Goldmann verfaßt und einstudiert. Die blaue und rote Linde, der Bleiß und die Fröhlichkeit gaben sich ein Stücklein. Die Jüngsten als Rauo, Koyr, Hund, Wolf, Anecht und Ragd, die sich alle gefangen nehmen, um zum Schluß von der Ragd abgeführt zu werden, haben sich reichem Beifall. Ein Theaterstück bildete den Abschluß der Feler, die dann noch Eltern, Schüler und Lehrer lange beisammen hielt.

Eine vorbildliche Feler, die Eltern und Lehrer zu gemeinsamer Erziehungsarbeit vereint!

Sklareks geseegneter Kelch.

Die Liquidation der KVG. — Zusammenstoß mit Staatsanwalt.

Die nächste und ernste Sklarek-Materie wird immer wieder durch muntere Intermezzi aufgeheitert. Gestern war der Anlaß zu einer fröhlichen Stimmung der silberne Sklarek-Pokal, ein glänzender Rest von der einst so glänzenden und feuchtschönen Stimmung im Hause von Mag. Sklarek.

Leo Sklarek hatte dieses Pokals in der Mittwochssitzung zum Beweis für die Freundschaft der Prominenten für ihn und seine Brüder Erwähnung getan. So steht nun dieser Gratskelch heute morgen auf dem Gerichtstisch. In einem Begleitschreiben der Gattin von Mag. Sklarek an den Rechtsanwalt Dr. Julius Meier wird mitgeteilt, daß sie den Pokal gelegentlich einer Gesellschaft zum Geschenk erhalten habe und daß er vom Pfarrer Edgar Wolf, dem deutschnationalen Reichstagsabgeordneten, geschenkt worden sei. Außer diesem Pokal seien noch zwei weitere vorhanden gewesen, die aber in die Konturmasse gelangt seien. Der Pokal trägt die Inschrift „Unserer Freundschaft. 28. Jänner 1928.“ und die Namenszüge von Professor Schäfer, Ella Sklarek, Moriz Rosenthal, Fritz Brolat, Edgar Wolf, Gustav Degner, Paul Hirsch, Fritz Schneider, Frau Schneider, Mag. Sklarek, Leo Sklarek, Willi Sklarek.

Leo Sklarek erklärt, daß er diesen Pokal gar nicht gemeint habe, sondern einen von den beschlagnahmten;

der trüge noch mehr Namenszüge. Rechtsanwalt Dr. Puppe stellt fest, daß die Stadtbankdirektoren, die Angeklagten Hoffmann und Schmitt, mit dem Pokal nichts zu tun haben. „Ist aus dem Pokal überhaupt getrunken worden?“ fragte er. Leo Sklarek: Und wie getrunken; er ist ja auch geeignet worden. Vorliegender: Die Freundschaft ist wohl geeignet worden? Leo Sklarek: Der Segen ist scheinbar zu einem Unlegen geworden. — Der Pokal verschwindet dann vom Richterstisch und kann wieder eingepackt werden.

Nach Erledigung einiger Reste aus den früheren Tatbeständen wendet sich das Gericht nun der Liquidation der KVG. zu. Im April 1925 wurde die

Auflösung der KVG. wegen der großen Verluste

vom Aufsichtsrat beschlossen. Es wurde dem Magistrat ein Vorschlag unterbreitet, laut dem die KVG. zum 1. Juli 1925 aufgelöst werden sollte. Das Warenlager sollte die KVG. übernehmen, die es für Rechnung der KVG. veräußern sollte. Der Magistrat stimmte dem Vorschlag zu, auch die Stadtverordnetenversammlung. Neben Kieburg wurde Sakoloffski mit der Liquidation betraut. Ein Ausschuß sollte das Ganze überwachen. Am 15. Juni traf ein Schreiben des Kaufmanns Pape ein, der sich bereit erklärte, die KVG. zu übernehmen. Am 26. Juni traf ein anderes Schreiben ein, nämlich von Mag. Sklarek. Er berief sich darin auf seine früheren Lieferungen an die KVG., erklärte, daß er Interesse habe, daß Unternehmen zu erhalten und er würde es unter denselben Gesichtspunkten weiterführen, das Warenlager wolle er kommissionsweise übernehmen, die Abzahlungen würden je nach Verkauf der Ware erfolgen, da ja das Lager mit neuen Waren verpflanzt werden müsse. Sollte sich das Ganze rentieren, so würde er in drei Monaten in Verhandlungen betreffs des Ankaufs des Lagers treten. Eine Abschrift dieses Schreibens, hieß es im Brief, ginge auch an den Bürgermeister Kohl. Auf eine Frage des Vorsitzenden erklärt Leo Sklarek, gar nichts zu wissen, während Will Sklarek etwas von einer Offerte gehört haben will.

Vorsitzender: Früher haben Sie etwas anderes gesagt. Schon Ende 1924 sollen Verhandlungen im Gange gewesen sein; Mag. hätte ihnen gesagt, hieß es bei dieser Vernehmung, daß Sie nun alle Lieferungen bekommen sollten. Drei Monate vor dem endgültigen Beschluß, die KVG. zu liquidieren, sei bereits ein Vorvertrag geschlossen worden. Bei den Besprechungen, die in Ihren Räumen am Hausvogteiplatz stattgefunden haben, seien sämtliche drei Brüder und, außer Kieburg, auch Kohl und Schünung dabei gewesen. Leo Sklarek: Ich weiß nicht, wie ich zu dieser Aussage kam. Vorsitzender:

Da müssen Sie ja nicht normal gewesen sein. Einmal müssen Sie gelogen haben, entweder damals oder jetzt.

Der Angeklagte, Bürgermeister Kohl, erinnert sich nicht, überhaupt je in den Räumen Sklareks gewesen zu sein, und an ähnlichen Verhandlungen teilgenommen zu haben. Als der Vorsitzende sein schlechtes Gedächtnis rügt, erhebt sich Rechtsanwalt Dr. Braubach und gibt für seinen Mandanten die Erklärung ab, daß dieser jetzt nur noch ein Schotter seiner selbst sei, und daß er unter den Drangsalierungen, denen er bei den ungezählten Vernehmungen ausgesetzt worden sei, vollkommen zusammengebrochen sei. Der Angeklagte Kohl erhebt die heftigsten Vorwürfe gegen den Staatsanwaltschaftsrat Dr. Weihenberg. Er wirft ihm vor, daß er auf ihn bei den Vernehmungen einen Druck ausgeübt habe, daß er, trotz des ärztlichen Gutachtens über seinen Gesundheitszustand, ihn veranlaßt habe, Protokolle mit Zahlenangaben zu unterschreiben, in denen er sich gar nicht mehr zurechtgefunden habe. Staatsanwaltschaftsrat Weihenberg erwidert mit nicht geringerer Heftigkeit auf die Anwürfe des Angeklagten Kohl: Es sei richtig, daß die Angeklagten mitunter von Kriminalbeamten zu Vernehmungen geholt wurden. Die Staatsanwaltschaft sei eben kein Mädchenpensional. Der Vorsitzende richtet an den Angeklagten Kohl die Frage, wieso er, nachdem bereits der Beschluß gefaßt worden sei, die KVG. an ein städtisches Unternehmen zu übertragen, mit einer Privatfirma verhandelt habe Kohl bekennt sich noch einmal, derartige Verhandlungen gepflogen zu haben. R.-A. Dr. Braubach bittet um eine Pause, damit der Angeklagte Kohl sich beruhigen könne; er sei im Augenblick nicht mehr in der Lage, Rede und Antwort zu stehen. Der Angeklagte macht tatsächlich den Eindruck eines Menschen, der im nächsten Augenblick zusammenbrechen kann.

Nach der Pause erscheint im Gerichtssaal auf Veranlassung des Oberstaatsanwalts Medizinalrat Dr. Störmer, der den Angeklagten Kohl am 1. Januar 1929 untersucht hatte. Kohl erklärte Dr. Störmer, habe damals einen deprimierten Eindruck gemacht, viel geweint, es sei ihm schwer gewesen, sich zusammenhängend zu äußern und schwierige Fragekomplexe durchzudenken. Sein Zustand scheine sich bedeutend gebessert zu haben, an eine Erinnerungslosigkeit glaube er nicht.

Die Erregung verließ jedoch den Angeklagten Kohl auch während der Nachmittagssitzung nicht. Der Stadtkämmerer Karding habe der Vorlage, mit der Firma Sklarek einen Vertrag abzuschließen, zugestimmt, sich dabei nur interessiert, ob sie als Kontrahent der Stadt imstande sein würde, die erforderlichen Vorschüsse zu zahlen. Er Kohl, habe darauf hingewiesen, daß die Firma Sklarek mit der Stadtbank arbeite und eine Auskunft von dieser habe befragt, daß die Sklareks gegen Sicherheiten 2 Millionen Mark Kredit bekommen haben.

Heber das Zustandekommen des Vertrages mit den Brüdern Sklarek

erzählt ausführlich der Angeklagte Sakoloffski, der Liquidator der

KVG. In den Verhandlungen über den Vorvertrag, wie auch über den endgültigen Vertrag, der nach einigen Abänderungen durch den Stadtkämmerer Lange und nach der Zustimmungserklärung des Stadtkämmerers perfekt wurde, haben sämtliche drei Brüder Sklarek teilgenommen. Die Unterschriften der drei stehen auch unter dem Vertrag. „Wir haben seinen Inhalt nicht gefannt“, erklären jetzt Will und Leo Sklarek. „Das Unterschreiben war für uns eine reine Formalität.“ „Sie haben aber durch die Unterschrift doch eine selbstschuldnerische Bürgschaft übernommen“, sagt der Oberstaatsanwalt Steineder. „Mag. Sklarek hätte doch mahntun sein können; sie hätten ja unsinniges Zeug unterschreiben können“, ruft der Vorsitzende aus. „Und Sie, Angeklagter Kohl! Der Umstand, daß der Stadtkämmerer Karding und der Stadtkämmerer Lange zu dem Vertrag die Zustimmung gegeben haben, befreite Sie doch nicht von der Verantwortung für das Zustandekommen des Vertrages. Der Beschluß des Magistrats, der die Übernahme des Warenlagers der KVG. durch die KVG. war ja nicht aufgehoben.“ Der Angeklagte Kohl ist anderer Meinung; die juristische Verantwortung für das Zustandekommen des Vertrages, trügen Stadtkämmerer und Stadtkämmerer.

Die nächste Sitzung ist Montag, 9 Uhr.

134 Mieter verurteilt.

Es müssen zahlen / Massenprozeß um Neubausmietverträge.

Die Verhältnisse auf dem Neubausmietmarkt spihen sich jetzt immer mehr zu, und die Fälle, bei denen die Differenzen zwischen Mietern und Vermietern wegen der Höhe der Mieten und den Bedingungen der Mietverträge gerichtlich zum Austrag kommen müssen, mehren sich von Tag zu Tag. Vor dem Landgericht I fand ein Massenprozeß statt, den die Schrammsche Grundstücksverwaltung in Wilmersdorf gegen 134 ihrer Neubausmieter angestrengt hatte.

Den Mietern dieses Neubaus, der sich an der Hindenburgstraße in Berlin-Wilmersdorf befindet, wurden Mieten abverlangt, die sich im Durchschnitt auf fast 28 Mark pro Quadratmeter jährlich belaufen, während die Altbaumieter etwa 8 bis 10 Mark betragen. Diese Wohnungen, die mit Hauszinssteuerzuschüssen errichtet wurden und gemäß den Bedingungen des Wohlfahrtsministeriums und der Wohnungsfürsorge nur unwesentlich über den Friedensmieten liegen sollten, erreichen also fast die dreifache Höhe der Altbaumieter, ja daß beispielsweise eine Zweizimmerwohnung ohne Komfort und Heizungskosten 125 Mark monatlich kostet und sich unter Berücksichtigung der gezahlten Mieterdarlehen und Baukostenzuschüsse und einschließlich der Warmwasserkosten auf 150 Mark und darüber zu stehen kommt. Da auch beim Abschluß der Verträge verschiedene Unrichtigkeiten bemängelt wurden, haben die Mieter dieses Blocks die Mietverträge geschlossen angefochten und die Miete einstweilig auf die Baukosten verrechnet, so daß sie de facto seit einigen Monaten nichts mehr zahlen. Statt ein zeitgemäßes Entgegenkommen zu zeigen, wie dies andere Wohnungsgesellschaften, teils durch gerichtlichen Vergleich, teils freiwillig getan haben, hat die betreffende Gesellschaft über 140 Prozesse angestrengt.

Von den Mietern wurde angeführt, daß die Mieten in diesem Block die höchsten seien, die bisher in Berlin bekannt geworden sind, und es wird weiter geltend gemacht, daß seit dem Abschluß der Verträge, die eine Laufzeit von 10 Jahren haben, die Beamten und Angestellten der Privatwirtschaft Gehaltssteigerungen von 30 bis 50 Proz. hinnehmen mußten, so daß ihnen eine weitere Erfüllung der damals zwangsläufig geschlossenen Verträge unmöglich geworden sei.

Das Gericht unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Dr. Krieg verurteilte die Beklagten den Klageanträgen entsprechend auf Zahlung der rückständigen Mieten. Das Gericht sagt in der kurzen Begründung, daß die Wohnungsfürsorgegesellschaft eine halbamtliche Einrichtung sei, die dem Vermieter die Genehmigung der Mietpreise erteile. Die Klägerin, die Schrammsche Grundstücksverwaltung nämlich, habe die Möglichkeit, bei der Städtischen Wohnungsfürsorgegesellschaft die Genehmigung einzuholen, die überhöhen Mieten zurückzuziehen.

„Um ein soziales Mietrecht“. In dem gestrigen Bericht über die Verammlung der sozialdemokratischen Mietervertreter ist irrtümlicherweise von einer Unzufriedenheit der Mieterpolitik der Partei gesprochen worden. Gemeint ist natürlich die Unzufriedenheit mit der Mieterpolitik der Regierung. Die Bemerkungen des Genossen Ruben in seinem Referat galten auch nicht der Senkung der Altbaumieter, sondern der Senkung der Hauszinssteuer.



DORNBUSCH
ein KRAGEN der
Ihnen Freude macht

Dornbusch-Hemden • Dornbusch-Pyjamas

Paul Kampffmeyer: Politisches Jubiläum

Die erste Wahlschlacht unterm Sozialistengesetz

Bismarck wollte mit seinem Sozialistengesetz die deutsche Sozialdemokratie gewaltsam erdrücken. Die ganze Presse dieser Partei war mit zwei Ausnahmen quillend mit dem Artikel. Alle Vereine, die im Geruch des Sozialismus standen — selbst harmlose Gefangenenvereine — wurden unterdrückt. Den natürlichen Sozialdemokraten in Preußen war selbst die Herausgabe neutraler Blätter verboten. Die Sozialdemokratie sollte eben völlig aus der Öffentlichkeit verschwinden; sie sollte jeden Kontakt mit der breiten arbeitenden Masse verlieren. Das Sozialistengesetz wurde gegen seinen eigenen Geist und Buchstaben von den Polizeiorganen so ausgeführt, daß ein Hauptkämpfer dieses Gesetzes, der nationalliberale Abgeordnete Eduard Basker, bei der ersten Verlängerung des Gesetzes gegen dieses Gesetz stimmte.

In den Augen der Polizei war die Sozialdemokratie tot, mausetot. Da ereignete sich am 27. Oktober 1881, also vor einem halben Jahrhundert, etwas ganz Unerhörtes.

Am 27. Oktober 1881 lieferte die deutsche Sozialdemokratie in aller Öffentlichkeit dem Regime Bismarck die erste Wahlschlacht nach dem Inkrafttreten des Sozialistengesetzes. Der sozialdemokratische Parteitag auf dem Schlosse Wyden bei Ostfingen im Kanton Zürich hat das große Verdienst, den Wahlkampf in den Mittelpunkt der politischen Aktionen der Sozialdemokratie gestellt zu haben. Die Beteiligung der Sozialdemokratie an den Reichstagswahlen war nicht kampffrei durchgeführt worden. Die Opposition gegen diese Beteiligung war von den inneren (geheimen) Organisationen Berlins getragen, die unter dem Einfluß Mosts und Haffelmanns standen. Ueber diese Opposition geben nun die Akten des Berliner Polizeipräsidiums, dieser Zentrale des deutschen Spionagemens, einen merkwürdigen Aufschluß. Der eine Oppositionsführer, Heuelber, stand nämlich im Dienste der Polizei und lieferte dieser eingehenden Bericht über die Vorgänge des Wydener Kongresses. Die Polizei hatte ein Lebensinteresse an der Durchkreuzung der Wahlbeteiligung der Sozialdemokratie. Rahmen an den Reichstagswahlen nur kleine und allerfeinste Bruchteile der verfeindeten Partei teil, dann konnte die Polizei triumphierend verkünden, daß das Ausnahmegesetz, das seinem ganzen Charakter nach eine „Reichspolizeierordnung“ war, die Sozialdemokratie total zerschmettert hatte. Sandte die hart verfolgte Partei keinen Vertreter in den Reichstag, so war sie in der Öffentlichkeit mundtot gemacht. Die Haupttätigkeit der Sozialdemokratie vollzog sich dann in den kleinen Gruppen der Geheimorganisationen. Sobald sich die Partei nicht in öffentlichen Massendemonstrationen auswirken konnte, lief sie aber Gefahr, einer undurchsichtigen Konspirationspolitik revolutionärer Gruppen zu verfallen. Dieses Schicksal hatte die „sozial-revolutionäre“, stark zum Anarchismus

neigende Sekte Most-Haffelmann schon im Jahre 1881 getroffen. Gerade in den Tagen, als beherzte Genossen sozialdemokratische Stimmzettel in die Häuser der Proletariatsviertel trugen, spielte sich vor dem Leipziger Reichsgericht der Hochverratsprozeß Breuder ab, in dem neun Anarchisten — unter ihnen der anarchochristliche Theoretiker Dave — wegen „hochverräterischer Geheimbündelei“ zu vielen Jahren Zuchthaus verurteilt wurden.

Am 27. Oktober 1881 erhielt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands 311 961 Stimmen. In den Groß- und Industriestädten, selbst in den Zentren des „kleinen Belagerungszustandes“, in Berlin, Hamburg, Leipzig, gebot sie über kompakte Massen von Wählern. Sie siegte in Mainz, Breslau, Ost und West, Greiz, Offenbach, Hanau, Solingen, Rürnberg, Hamburg, Wittweida, Freiberg i. Sa., Chemnitz, Zwickau. In Berlin unterlag sie im 4. und 6. Wahlkreis nur mit wenigen Stimmen. Die Partei hatte sich geradezu bewundernswert geschlagen. Ueber 6 Prozent der abgegebenen Stimmen waren sozialdemokratisch.

Unter dem Eindruck des Wahlergebnisses schrieb Friedrich Engels diese begeisterten Zeilen an Eduard Bernstein:

London, den 30. November 1881.

Lieber Herr Bernstein!

Wenn ein äußeres Ereignis dazu beigetragen hat, Rarg wieder einigermaßen aus den Strumpf zu bringen, so sind es die Wahlen gewesen. So famos hat sich noch kein Proletariat benommen. In England nach dem großen Mißerfolg um 1848, Verfallen in Apathie, und zuletzt Ergebung in die bürgerliche Ausbeutung unter Vorbehalt des Einzelkampfes der Trade Unions für höheren Lohn. In Frankreich Verschwinden des Proletariats von der Bühne nach dem 2. Dezember. In Deutschland nach drei Jahren unerbörter Verfolgung, nie nachlassenden Drucks, kompletter Unmöglichkeit öffentlicher Organisation und Selbstvertheidigung, stehen unsere Jungen nicht nur in aller Kraft da, sondern verstärkt gerade in einem Hauptmomente: der Schwerpunkt der Bewegung ist verlegt aus den städtischen halbländlichen Distrikten in die industriellen großen Städte. . . .

Die deutsche Sozialdemokratie lebte wieder in der breiten Öffentlichkeit. Das Sozialistengesetz hatte die urwüchsige Kraft dieser Partei nicht brechen können. An den Wahlerfolg des Jahres 1881 knüpften sich die Wahlsiege der Jahre 1884, 1886 und 1890. Der sozialdemokratische Millionenieg im Februar 1890 warf den Urheber des Sozialistengesetzes, den Fürsten Bismarck, zu Boden. Die sozialdemokratische Wahlpolitik, so glanzvoll im Jahre 1881 eröffnet, erhob die Sozialdemokratie zur größten Partei, zur wirklichen Vertreterin der arbeitenden Massen Deutschlands.

Wilhelm Heydrich: Kampf um die Treppe

Draußen auf der Treppe war ein kleiner Streit ausgebrochen. Auf der obersten Stufe stand Nero, der große Reufundländer, und bellte ärgerlich. Unten stand Paula, die Rabe, machte einen Buckel und wollte ihn nicht vorüberlassen.

Die Situation war grotesk und lächerlich. Obwohl zehnmal größer als Paula, wagte Nero es nicht, ohne ihre Erlaubnis die Treppe hinabzusteigen. Er hatte fürcht, in der Tat, er hatte fürcht vor seiner eigenen Größe und Stärke! Seitdem er einmal rein aus Versehen einen kleinen Pinscher getötet hatte, war alles Lebendige, das kleiner als er selbst war, unantastbar für ihn. Lieber ertrug er die unangenehmsten Dinge, als daß er sich je wieder an so zerbrechliche Geschöpfen vergreifen hätte.

Das wußte die Rabe Paula und tyrannisierte den Hundeshund auf jede erdenkliche Weise.

Auch jetzt versperrte sie ihm den Weg zur Haustür aus keinem besonderen Grunde, sondern nur weil es ihr gerade so paßte. Nero dagegen litt unter einer zwingenden Ursache, möglichst schnell ins Freie zu kommen, und konnte keinesfalls mehr lange warten. Er befand sich in höchster Not. Daher stellte er das Bellen ein und brach in ein klägliches Geheul aus, daß oben der Hausherr und unten aus ihrer Küche die Hausfrau auf den Plan gerufen wurden.

Sie überfahen die Lage mit einem Blick. Aber während die zierliche, kleine Frau zu lachen begann, wurde der Hausherr über das würdelose Benehmen seines Hundes sehr ungehalten.

„Nero, schämst du dich nicht!“ rief er. „Wer wird sich vor einer so winzigen Rabe fürchten!“

Nero sah ihn scheu von der Seite an und blickte dann wieder ratlos auf die Rabe hinunter, der es gar nicht einfiel, den Weg freizugeben.

„Freigang!“ rief der Hausherr entrüstet. „Ist mir jemals etwas so Erbärmliches vorgekommen!“

„Wie so erbärmlich?“ fragte die kleine Frau hinauf. „Nero ist eben Kavaller! Er weiß, daß es sich nicht gehört, gewaltsam gegen den Willen einer Dame anzugehen. Findest du das verächtlich?“

„Freiheit ist immer etwas Verächtliches.“

„Es handelt sich gar nicht um Freiheit. Sehen wir den Fall, du ständest dort oben an Neros Stelle, und ich wollte dich aus irgendeinem Grunde am Fortgehen hindern. Was würdest du tun?“

fragte die kleine Frau hinterhältig lächelnd.

„Es handelt sich nicht darum, was ich tun würde, sondern was der Hund tun soll.“ erwiderte der Hausherr verstimmt. „Er soll sich diese lächerliche Angst vor der Rabe abgewöhnen! Marsch hinunter und schaffe das boshafte, kleine Viech aus dem Wege!“

„Unterstehe dich nicht, deinen ruppigen Köter auf das wehrlose Tierchen zu hegen!“ rief die kleine Frau in Hitze geratend. „Oder ich werde meine arme, kleine Paula zu schützen wissen!“

„Nun, so wehrlos seht ihr beide nicht aus.“ bemerkte der Hausherr ironisch. „Würdest du vielleicht auch mich schlagen, wenn ich den Hund jetzt die Treppe hinunterführe?“

„Du kannst es ja einmal probieren. Jedenfalls lassen wir uns von euch beiden da oben nicht imponieren!“

„Was sagst du dazu, Nero?“ wandte der Hausherr sich an seinen Reufundländer, der neben ihm stand und völlig verwirrt schien. „Was sollen wir mit ihnen anfangen?“

Nero schien es nicht zu wissen. Er setzte sich mutlos nieder und begann leise zu winseln, als ob er von einer schweren Last bedrückt würde.

„Er ist eben doch Kavaller.“ triumphierte die kleine Frau. „Laß dich nicht von deinen noblen Grundrissen abbringen, Nero. Bleibe wenigstens du ein Gentleman.“

„Enthalte dich, bitte, jeder Beeinflussung meines Hundes.“ rief der Hausherr aufsehend. „Ich kümmere mich auch um deine Rabe nicht!“

„So viel Gefühl hast du allerdings nie gezeigt. Du suchst sie nur bei jeder Gelegenheit an die Wand zu drücken! Das hast du ja anfangs auch mit mir versucht. Wenn ich mich nicht zur Wehr gesetzt hätte, dann wäre ich heute auch nur so ein hilfloses kleines Kästchen wie meine süße Paula!“

„Ja, hilflos — mit trummem Buckel und giftig fauchend!“ höhnte der Mann. „Du weicht übrigens gar nicht, wie ähnlich du in diesem Augenblick deiner Rabe siehst! Es fehlen nur noch die herausgestreckten Krallen!“

„D, ich habe auch welche! Du wilst mich ja nur provozieren! Uebrigens ist Paula wahrscheinlich an dem Janz gar nicht schuld. Sicher war es dein Hund, der ihr aus Eiferlucht die Treppe versperrt hat, als das liebe Tierchen dich oben in deinem Arbeitszimmer beduhen wollte!“

„Bah, die Rabe kümmert sich noch weniger um mich als du! Und selbst wenn es so wäre, dann hat Nero nur seine Pflicht getan, daß er mich während meiner Arbeit vor Belästigungen schützen wollte.“

„Das wird ja immer schöner! Ich belästige dich also?“

„Ich spreche von der Rabe!“

„Ja, das kenne ich! Du sprichst von Paula und meinst mich damit! Was habe ich dir denn eigentlich getan, daß du so auffallend gegen mich wirkst, du unhöflicher Mensch! Du siehst mich nicht mehr!“ Sie brach in zornige Tränen aus.

„Großer Manitou, auch das noch!“ stöhnte der Hausherr verzweifelt. „Das ist ja — — ach was, wollt ihr jetzt den Weg freigeben oder nicht?“

„Nicht eher, als ihr euch entschuldigt habt!“

„Wir haben es gar nicht nötig, uns zu entschuldigen.“

„Dann haben wir auch keine Ursache, hier fortzugehen!“

Eine unheilbringende Pause trat ein. Der Hausherr war wütend. Die kleine Frau sah böse zu ihm empor. Die Rabe Paula fauchte wie ein Bulchmeister. Nur Nero, der Reufundländer, machte ein höchst unglückliches Gesicht und duckte sich, als ob er schlimme Dinge ahnte.

Niemand wußte mehr aus noch ein.

Da fielen des Hausherrn unheimerrrende Blicke auf den Hund, der mit gesenkter Nase und hängenden Ohren wie ein Häuflein Unglück dafach, — und er wurde plötzlich puerrot im Gesicht.

„Ach bitte, bemühe dich doch einmal heraus!“ rief er mit vollendeter Schadenfreude im Ton. „Hier haben wir ja den offensündigen Beweis, wer der Schuldige an diesem lächerlichen Streit ist. — Steh auf, Nero!“

Während die Frau misstrauisch, aber voller Reugier die Treppe heraufkam, erhob sich der Hund zögernd, als müßte er sich vom Boden losreißen.

„D, mein schöner, neuer Käufer!“ schrie die kleine Frau entsetzt auf, als sie das Unglück erblickte. „Du häßlicher, ungebildeter Köter!“

Der Hund hat ein Bild oblicher Zerknirschung. Aber der Hausherr hing den Schlag auf, der ihm zugebracht war. „Bitte, bestrafe nicht den Unschuldigen! Nero hatte keineswegs die Absicht, sich ungebührlich zu benehmen. Er wurde lediglich durch deine boshafte Rabe dazu gezwungen, seine gute Erziehung zu verleugnen.“

Die Rabe Paula war verschwunden, als sie den Umarmung der Stimmung bemerkt hatte. Der Hund Nero zog sich bescheiden in einen Winkel zurück, um über die Schwierigkeiten des Daseins nachzudenken. Die kleine Frau war rot geworden und blickte beschämt auf die Spuren des Unheils, an dessen Entstehen auch sie nicht ganz unschuldig war.

Dann gab sie ihrem Mann einen Kuß, und alles war wieder in Ordnung. Von solchen peinlichen Zwischenfällen wird am besten nicht allzu lange gesprochen.

Walter Galdert: Reise mit der Nase!

Bestern besuchte ich meinen Freund Kurt. Seine Frau öffnete mir die Tür und führte mich in das Herrenzimmer. Kurt saß vor einem großen Kasten mit lauter kleinen Fläschchen. Ein Fläschchen hielt er offen in der Hand und schnupperte intensiv daran wie ein Hund.

„Kam“, sagte ich, „guten Tag, Kurtchen, bist du jetzt auch unter die Blochemiker gegangen?“

Er überhörte meine Frage und sagte: „Rate einmal, wo ich jetzt bin!“

„Na, in der Laubenheimer Straße“, erwiderte ich.

„Ein Irrtum, lieber Freund“, sagte Kurt und schnupperte noch kräftiger als zuvor an dem kleinen Fläschchen. „Ich bin augenblicklich im Harz. Bitte, überzeuge dich selbst!“ Und er hielt mir das Fläschchen unter die Nase. Ich roch daran und sagte: „Das ist anscheinend Extrakt für ein Nichtenadelbad. Nichtenadelbäder sollen sehr nervenstärkend sein.“

„Du phantasieloser Klotz!“ schnauzte Kurt mich an. „Das ist der Harz in der Flasche. Rieche noch einmal und gib es zu.“

Ich beschnupperte die Flasche noch einmal und sagte: „Na, meinetwegen sollst du recht haben. Aber was nützt dir der Harz in der Flasche, und was ist in den anderen Fläschchen?“

„Die ganze Welt ist drin!“ erklärte Kurt stolz und machte mit beiden Händen eine Bewegung, als wollte er den ganzen Erdball umarmen.

„Die ganze Welt?“ staunte ich, „das ist mir zu hoch, bitte, erkläre es mir.“

„Gut, setz dich hier in den Sessel, zünde dir eine Zigarette an und höre gut zu.“

„Das hier ist meine Reise-Ordothel. O-do-ro-theel, das heißt etwa Geruchsammlung. Reise-Ordothel nenne ich sie, weil sie das Reisen erlegen oder sogar überflüssig machen soll. Die Reise-Ordothel ist meine eigene Erfindung und Schöpfung; ich bin sehr stolz darauf und hoffe, ein gutes Geschäft damit zu machen.“

Nach den neuesten Forschungen von Professor Rieselberger spielt der Geruch bei allen Eindrücken, die wir empfangen und im Gedächtnis aufbewahren, eine überragende Rolle. Für einen Menschen mit normalem Geruchssinn genügt ein kleiner Hauch eines bestimmten Geruches, um vor ihm das ganze Bild der Situation wieder entstehen zu lassen, in der er diesen Geruch früher einmal wahrgenommen hat. Davon bin ich ausgegangen. Du weißt, was für weite Reisen ich früher gemacht habe; in diesem bescheidenen Jahre kann ich nicht daran denken. Also reise ich per Nase. Ich nehme ein Fläschchen, schnuppere daran, und schon bin ich weit weg. Versteht du das?“

„Vollkommen.“

„Jedes Land, jeder Ort hat seinen charakteristischen Geruch; nicht etwa einen einzelnen Geruch, sondern, wenn ich so sagen darf, eine Sinfonie von Gerüchen. Es ist äußerst wichtig, zuerst die einzelnen Bestandteile dieser Geruchssinfonie richtig zu erkennen, um durch richtige Dosierung und Mischung das Parfüm des betreffenden Ortes genau zu treffen. Meiner Ansicht nach ist mir das vortrefflich gelungen. Bitte, rieche einmal an diesem Fläschchen „Ostseebad“. Nimm einen tiefen Atemzug. So, jetzt mußt du dich nach Heringsdorf, Binz oder Warnemünde verfehlt fühlen. Du riechst das Meerwasser, den von der Sonne erhitzten Sand, den angetriebenen Seetang, ein paar faule Fische, den Teer der Boote, das Parfüm einiger und die Frühstücksbrote anderer Badegäste. Bist du jetzt an der Ostsee?“

„Ich muß dir rechtgeben. Ich habe mich in deine Idee hinein-gerochen und bewundere dich. Ich fühle mich jetzt mitten im Badebetrieb.“

„Das freut mich. Hier ist ein anderes Fläschchen: Chamonix, Früher Gletscherhauch vom Montblanc, Tannenduft, Spuren französischer Küche, Delgeruch von den Bergbahnen und manches andere, das mein Geheimnis bleiben soll. Hier noch etwas anderes: französische Riviera. Meeresduft, Pinien, Rosen, Reifen, blühende Lavendel, gemischt mit den Parfüms von Bourhais, Houbigant, Chanel, Vanhérie, Coty, Bouillabaisse (das ist süßfranzösische Fischsuppe, wenn du es noch nicht weißt), leiser auch etwas Autoauspuff. Bei der italienischen Riviera fällt die Bouillabaisse fort, und es kommen erhitotes Olivenöl und Parmesanstücke hinzu. Rieche einmal an diesem Fläschchen, jetzt bist du in Cannes; und jetzt, wenn du an dem anderen riechst, in Nervi.“

„Eine wunderbare Erfindung. Ich kann dieses Jahr auch nicht reisen. Darf ich öfters einmal zu dir kommen?“

„Selbstverständlich. Bleibe doch ein wenig hier. Wohin willst du gern reisen?“

„Sagen wir mal: Spitzbergen. An eine Nordlandreise habe ich schon immer gedacht.“

Kurt reichte mir ein Fläschchen mit der vielversprechenden Aufschrift „Nordpolargebiet“. „Das riecht weniger gut, als du wahrscheinlich gedacht hast“, sagte er lächelnd, „denn zum Parfüm von Spitzbergen gehören nicht nur Eis- und Gletscherhauch, sondern auch ausgewildete Wale, Tran und Flüssigkeit, die die Eskimodamen als Haarwasser verwenden. Ich kann es nicht ändern; es ist einmal so. Und absolute Naturtreue ist der oberste Grundsatz meiner Reise-Ordothel.“

Ich setzte das Nordpolargebiet rasch wieder von der Nase ab. „Wohin willst du noch?“ fragte Kurt. „Hier kannst du wählen: Nordsee, Mittelgebirge, Bayerische Alpen, Schweiz, oberitalienische Seen, Benedig, Rom, Sizilien, Pyrenäen, Spanien, Nordafrika, Zentralafrika (mit Geruch von gebratenem Menschenfleisch). Vereinigte Staaten (mit Methylalkohol), Australien usw. Du siehst, die Auswahl ist groß.“

„Märchenhaft“, sagte ich. „Das wird ein glänzendes Geschäft für dich. Die Leute, die kein Geld mehr zum Reisen haben, werden dir das Haus einlaufen. Und was wirst du tun, wenn du das viele Geld hast?“

„Eine Weltreise machen — trotz meiner Reise-Ordothel“, erklärte Kurt und hielt mir ein Fläschchen mit der Aufschrift „Beswörter“ unter die Nase.

Ich ergriff die Flucht, denn ich kann den Duft von faulen Eiern nicht vertragen.

Die Adresse des Erfinders der Reise-Ordothel ist bei mir zu erfragen. . . .

Die Eisbildung in der Zelle der Pflanzen schadet dem Leben derselben nicht. Unsere Bäume sind im Winter oft so kringend hart gefroren, daß die Art des Holzhauens am Eise stumpf wird. Dennoch leiden die Bäume keinen Schaden. Im Gegenteil verhilft der Eismantel, da Eis bekanntlich ein schlechter Wärmeleiter ist, daß die Innenwärme der Pflanze zu rasch ausströmt und dadurch die Pflanzentemperatur die Tiefenzone übersteigt, deren Kältegrade das Erfrüeren zur Folge haben würden.

Das älteste Lexikon der Welt. Eine französische archäologische Expedition, die in Nordafrika bei Ras Shamra arbeitet, hat eine Tontafel gefunden, die als das älteste Lexikon der Welt bezeichnet wird. Sie dürfte mindestens 3000 Jahre alt sein, und ist in einer Sprache abgefaßt, die bisher vollkommen unbekannt ist. Dieser hochinteressante Fund wurde in einer uralten Bibliothek in Ras Shamra gemacht, und die Forscher nehmen an, daß dies Lexikon seinerzeit in einer Priesterchule benutzt wurde.

Otto Wels in Hamburg.

Braunschweig als Anschauungsunterricht.

Hamburg, 23. Oktober. (Eigenbericht.)

In einer von Tausenden von Funktionären besuchte Versammlung der Delegierten und Vertrauensleute der Hamburger Sozialdemokratie sprach der Führer der deutschen Sozialdemokratie Otto Wels. Von der vielköpfigen Menge minutenlang stürmisch begrüßt, führte Otto Wels u. a. aus:

„Wir begreifen sehr wohl die Zweifel an der Richtigkeit unserer Politik, denn auch wir haben die Isolierung wie die Pest. Aber nicht unsere Wünsche sind entscheidend. Es kommt auf die Machtverhältnisse und ihre klare Erkenntnisse an. Mit Leidenschaft allein ist es nicht getan. So notwendig diese Erkenntnis der Machtverhältnisse, ist auch die richtige Erkenntnis der wirtschaftlichen Situation.

Was wir heute in der kapitalistischen Wirtschaft erleben, ist von Karl Marx vorausgesagt worden. Marx hat die Gesetze der kapitalistischen Entwicklung ermittelt, in deren Zügen die Krisen sich zuspitzen und vor allem die Arbeiterklasse jährlach in Mitleidenschaft gezogen wird.

Otto Wels wandte sich dann den aktuellen politischen Fragen zu. Er verwies u. a. darauf, daß ohne die Sozialdemokratie der Friede nie gefördert werde und der Friede ohne die Sozialdemokratie nicht denkbar sei. Otto Wels fuhr dann fort: „Wir sehen in Frankreich und Deutschland gleiche innenpolitische Ziele. In beiden Ländern führen die Sozialisten eine bürgerliche Minderheitsregierung. Nicht aus Selbstzweck, sondern unter schweren Opfern. Die Notwendigkeit dieser Politik hat nach den Septemberwahlen 1930 keiner klarer und besser begründet als Heinrich Ströbel. Inzwischen haben wir Braunschweig erlebt. Dort hat Hitler seine Untertanen beschworen, um Gottes willen nicht einen Weier vor dem Sieg die Knieen zu verlieren. Aber sie — die Herren des Dritten Reiches, diese Schwärmer und Propheten — sie werden die Knieen nicht behalten, während wir die Knieen behalten werden. Um was es geht, das hat der Naziaufmarsch in Braunschweig mit seinen Terrorakten unter Duldung eines Razi-ministers gezeigt.

Braunschweig war ein Anschauungsunterricht, ein Anschauungsunterricht, der jeden vernünftigen und belehrbaren Arbeiter eines Besseren überzeugen sollte. Aber ich frage die Öffentlichkeit, ich richte die Frage an die ganze deutsche Arbeiterklasse:

„Was wäre in Braunschweig erst geschehen, wenn am vergangenen Freitag die Regierung Brüning gestürzt worden wäre, gestürzt mit Hilfe der deutschen Sozialdemokratie? Diese Frage allein läßt erkennen, um was es sich bei der Entscheidung der deutschen Sozialdemokratie im Reichstag gehandelt hätte! Aber trotz der schweren Entscheidung haben sich frühere Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei berufen und bemogen gefühlt, zu einer Spaltung aufzurufen. Sie haben damit nur einer Bewegung Vorschub geleistet, der sie seit Jahren Vorschub geleistet hatten. Was sie heute tun, ist von langer Hand vorbereitet und wenn man den Vorstand der Sozialdemokratischen Partei heute einen Vorwurf machen kann, dann ist es der, daß er zu spät eingegriffen, daß er den Spalt zu spät das Handwerk gelegt hat. Man mag uns vorwerfen, was man will: wir haben unsere Pflicht getan und was wir getan haben, geschah im Interesse der großen deutschen Sozialdemokratie. In diesem Sinne werden wir weiter handeln: Für die Einheit der Partei, gegen die Spaltung. (Beifall.)

Die von mehr als 2300 Funktionären besuchte Versammlung nahm einstimmig eine Entschließung gegen die Spaltungsversuche an.

Rothschild-Mann bei Hitler.

Herr Regendanz berichtigt.

Wir erhielten von Herrn Dr. W. G. Regendanz auf unsere Notiz „Rothschild-Mann bei Hitler“ eine ausführliche Zuschrift, von der wir zunächst nur die Mitteilung wiedergaben, daß entgegen den fälschlichen Meldungen in der gesamten Presse nicht der bekannte Bankier und Finanzmann Dr. Regendanz an der Harzburger Tagung teilgenommen hat, sondern sein Sohn Dr. Alig Regendanz.

Da bereits in der Woche vor der Harzburger Tagung die Beteiligung des Wirtschaftsführers Dr. Regendanz in Harzburg vorangekündigt wurde und nachträglich sein Name gemeinsam mit den Namen anderer Wirtschaftsführer wie Poensgen, Ravené, Dr. Schuster u. a. m. unter den Teilnehmerlisten figurierten, mußten wir wie die gesamte Öffentlichkeit annehmen, daß der bekannte Bankier Dr. Regendanz an der Harzburger Tagung der nationalen Opposition teilgenommen hat, um so mehr, als von seiner Seite her keinerlei Widerspruch hiergegen vor unserer Notiz erfolgt ist.

Da Herr Dr. R. uns mitteilte, daß er trotz konservativer Grundanschauung an der Harzburger Tagung nicht teilgenommen habe, Hillers Wirtschaftsprogramm für undurchführbar halte und auch nicht zu Hitlers Bundesgenossen gehöre, entfallen damit für uns in diesem Falle die Bemerkungen, die wir an die Verbindung Hillers mit der Großfinanz, die in Hillers Programm als der Todfeind der Nazibewegung angesehen wird, knüpften. Obwohl die Berichtigung von Dr. R. nicht den rechtlichen Formvorschriften entspricht, stehen wir nicht an, ihren Inhalt hier wiederzugeben. Wir bemerken zuvor, daß die Finanzgeschäfte Dr. R., die dieser, wie zahlreiche andere internationale Bankiers führt, uns an sich nicht interessieren, sondern daß wir auf sie nur im Zusammenhang mit den Verbindungen, die wir nach der fälschlichen Mitteilung von Dr. R. Anwesenheit in Harzburg annehmen mußten, eingegangen und daher auch keine Neigung haben, Einzelheiten weiter zu behandeln.

Dr. Regendanz teilt mit, daß er nach der statutenmäßigen Geschäftsordnung für die Geschäfte, die zum Zusammenbruch der Anstaltbank führten, nicht verantwortlich ist, ferner, daß er an ausländischen Gesellschaften, die zur Vermögensverschlebung dienen, nicht beteiligt ist, auch nicht an der Schweizer Hypothekbank (Sobaco) privat beteiligt sei, sondern nur ihrem Verwaltungsrat angehöre, daß diese Bank sowie er in seinen privaten Vermögensgeschäften zu relativ günstigen Bedingungen Geld ausgegeben habe. Er teilt uns ferner mit, daß er kein Landgut in England besitzt, daß er vielmehr niemals Grundbesitz im Ausland besessen habe, und daß er ferner, schon bevor er Herrn Kreuzer kannte, den Vorstandsposten bei der Oesterreichischen Kreditanstalt angenommen und ausgefüllt habe. Er berichtigt ferner unsere Darstellung der Regendanz-Beitrags-Kreuzer-Affäre und beruft sich darauf, daß der wirtschaftspolitische Ausschuss des Reichstags anerkannt habe, daß der Abgeordnete Behrens damals seinen Bericht objektiv erstattet habe.

Wir geben diese uns überanderte Berichtigung wieder und verzichten aus den angegebenen Gründen, auf sie näher einzugehen. Wir können nur das eine nicht unerwähnt lassen, daß das erwähnte Urteil des Reichstagsausschusses von der damaligen bürgerlichen Mehrheit zustande kam, und daß die feinerzeit von dem Reich-



Wenn der Goebels kräht auf seinem Mist, wendet sich das Wetter, oder es bleibt, wie es ist.

Endkampf in Genf.

Der Lösung des Mandchurei-Konfliktes entgegen.

Genf, 23. Oktober. (Eigenbericht.)

Die Freitagssitzung des Rats ging zwar wieder ohne ein endgültiges Ergebnis aus, jedoch scheint die Lösung des mandchurischen Konflikts nicht mehr allzufern zu sein. China ließ die Annahme der Entschliebung des Rats vom Donnerstag erklären, Japan brachte eine Gegenentschliebung ein, in der kein festes Datum für die nächste Ratsitzung enthalten ist. Ferner sollen nach Japans Vorschlag vor der Räumung der Mandchurei Verhandlungen technischer Art über die Zurückziehung der Truppen und die Uebernahme der besetzten Gebiete stattfinden. China lehnte den japanischen Vorschlag ab, Briand warnte jedoch den chinesischen Vertreter am Schluß der Sitzung, nicht zu viel vom Völkerbund zu verlangen. Am Sonnabendvormittag sollen die Verhandlungen fortgesetzt werden.

Die Besprechungen begannen mit der Erklärung des Chinesen Sze, daß seine Regierung ihn autorisiert habe, die Entschliebung des Rats anzunehmen. China nehme sie als ein Minimum an und erkenne die Bemühung des Rats an. Seine Regierung verstehe die Annahme unter den Gesichtspunkten,

daß der Rat am 16. November wieder zusammentritt, daß die Räumung sofort beginnt und bis zum 18. November vollendet ist, daß die Verhandlungen nach der Räumung beginnen sollen und Leben und Eigentum garantiert wird durch Mithilfe von neutralen Beobachtern.

Nachrichten über drei japanische Luftbombardements hätten die Situation neuerdings wieder erschwert. Jede Stunde des Fortbestehens der Besetzung vergrößert die Gefahr neuer Erschwerungen. Er versichere Japan, daß China alle Maßnahmen ergreife, die antijapanische Bewegung ergreifen werde. So fest sei Chinas Wunsch für den Frieden, daß es über die Entschliebung des Rats hinaus bereit sei, jeden Vorschlag des Rats und auch Japans anzunehmen, der die Sicherheit der japanischen Untertanen garantiere. Er verstehe, daß unter dem Rückzug der Truppen alle militärischen Dinge ohne Ausnahme gemeint seien und Japan wiederherstelle, was seit dem 17. September von seinen Truppen zerstört oder beschlagnahmt worden sei. Die Frage der Verantwortung müsse untersucht werden in den darauf folgenden Verhandlungen. Dazu sei China bereit, jede Vermittlung neutraler Schiedsrichter anzunehmen und erwarte deren Erneuerung. Es verstehe sich von selbst, daß alle Verhandlungen nur unter den Verpflichtungen Chinas aus dem Völkerbund und dem Kellogg-Pakt geführt werden könnten.

Briand machte Mitteilung von einem ihm am Freitagnachmittag überreichten japanischen Gegenprojekt zur Entschliebung des Rats, in dem die drei ersten Punkte wörtlich mit denen des Rats übereinstimmen. Dann heißt es, daß Japan seine Truppen innerhalb der Eisenbahnzone zurückziehen wolle, sobald die Ruhe wiederhergestellt ist und zwischen den beiden Regierungen ein Abkommen über die Wiederaufnahme normaler Beziehungen abgeschlossen ist. Ferner wünsche Japan sofortige Verhandlungen zum Zwecke eines solchen Abkommens und daß der Rat die Ernennung von Vertretern beider Regierungen zur Regelung der Einzelheiten empfehle. Endlich soll der Rat über den

Stand der Ausführung der Entschliebung laufend unterrichtet werden und der Präsident nach Erhalt der Mitteilungen alle Maßnahmen für die Durchführung dieser Entschliebung ergreifen können. Der Rat könne dann jeden Augenblick zur Prüfung der Lage einberufen werden.

In der Begründung des japanischen Gegenprojekts betonte Yoshizawa,

es sei Japan unmöglich, einen festen Termin für die völlige Räumung anzugeben. Das besage nichts gegen seinen guten Willen zur Räumung und bedeute nicht, daß es Truppen belasse, um von China neue Konzessionen oder spezielle Privilegien irgendwelcher Art zu verlangen. Die direkten Verhandlungen könnten in jedem Augenblick aufgenommen werden, wenn China es wünsche. Japan glaube, daß die Modalitäten der kommenden Verhandlungen leicht zwischen beiden Regierungen geregelt werden könnten. Allerdings seien wieder Bomben abgeworfen worden, weil ein japanisches Bombenflugzeug beschossen worden sei.

Sze lehnte das japanische Gegenprojekt ab.

Darauf fragte Lord Cecil den Japaner, was seine Regierung mit „fundamentalen Punkten“ meine, die vor der Räumung geregelt werden müßten. Ebenso sei kein festes Datum für die nächste Ratsitzung genannt. Was solle es heißen, daß der Präsident alle Maßnahmen für die Durchführung der Entschliebung treffen solle? Sei damit die Entsendung einer Kommission gemeint oder was sonst? In dem japanischen Vorschlag könne er keinen Fortschritt gegenüber dem 30. September erblicken. Yoshizawa suchte sich der Antwort zu entziehen. Die „fundamentalen Punkte“ seien Garantien für die Sicherheit der Japaner. Japan habe nichts gegen den Zusammentritt des Rats am 16. November einzumenden. Der Vorschlag von Maßnahmen des Präsidenten zur Durchführung der Entschliebung sei so gemeint, wie er das sehe. Seine Regierung habe nichts Spezielles dabei im Auge.

Briand

schloß die Debatte zusammen. Es gebe zwei Arten, die Verhandlungen zu beginnen und zwei Gegenstände für die Verhandlungen. Einmal solche über die Bedingungen für die Sicherheit nach Zurückziehung der Truppen. Dabei sei eine Uebereinstimmung leicht zu finden, da es sich um politische und verwaltungstechnische Maßnahmen handele. Aber die zweite Serie von Fragen, die seit Jahren schwebten, könne nicht vor der Räumung gelöst werden, da dann die Frist zu kurz sei. China weigere sich, sie vorher zu lösen. Wenn in Japans Vorschlag nichts enthalten sei, was diese tiefgehenden Garantien enthalte, so wäre eine Verständigung durchaus vorhanden. Dann rede er dem chinesischen Vertreter zu, vom Völkerbund nicht die Regelung jahrelanger Schwierigkeiten zu verlangen. Es sei auch Einstimmigkeit des Rats einschließend der Parteien notwendig, um überhaupt zu einer Entscheidung zu kommen.

Die nächste Sitzung findet am Sonnabendvormittag um 10.30 Uhr statt.

tagsabgeordneten Heilig aufgedeckten Zusammenhänge nicht aus Welt zu schaffen sind. Sonst haben wir an einer Weiterverfolgung der Einzelheiten kein sachliches Interesse.

Die Opfer von Braunschweig.

Die Beisetzung auf dem Zentralfriedhof.

Braunschweig, 23. Oktober. (Eigenbericht.)

Auf dem Braunschweiger Zentralfriedhof spielten sich am Freitag während der Beerdigung der Opfer des Braunschweiger Nazistreffens unwillkürliche Szenen ab.

Die kommunistische Partei hatte sich besonders für die Beisetzung der am Hitler-Tage in Braunschweig getöteten, nicht gewerkschaftlich organisierten Arbeiter eingesetzt. Als mehrere Kommunisten nicht in der Halle, sondern trotz des Verbots des Herrn Klages von der Freitreppe des Krematoriums sprachen, betrat die Polizei den Friedhof, um die Redner zu entfernen. Etwa 5000 Menschen waren auf dem Friedhof versammelt. Die Polizei wurde von der Masse eingeschlossen. Um sich Platz zu schaffen, griff sie

nach dem Gummihüpfel. Einige Beamte, die in besondere Bedrängnis gerieten, zogen sogar blank. Daß solche Szenen auf dem Friedhof geschehen konnten, ist ein Zeichen für die Nervosität, die in Braunschweig herrscht und die allein auf das Konto des Polizeiministers Klages zu setzen ist.

In der Stadt Braunschweig wurden nach der Beerdigung von zurückkehrenden Jugendlichen die Fensterscheiben der Stiehbierhalle des Parkhotels, das einem stramm deutschen Besizer gehörte, eines großen Photohauses, das Bilder vom letzten Hitler-Tage ausgestellt hatte, und einer Wustfaltenhandlung eingeworfen. Als die Polizei eintraf, waren die Täter bereits verschwunden.

Die Mittelmeerinsel Cypern, seit vielen Jahrzehnten von England besetzt, bis zum Weltkrieg nominal türkisch, ist damals von England annektiert worden. Das Volk will zu Griechenland und der oberste Priester hat jüngst den Abfall von England verkündet. Nun ist der Gouverneurpalast in Nicosia niedergebrannt worden und die Western Telegraph Co. mußte fast alle ihre Bären schließen. England schickt Militär in Flugzeugen aus Alexandria nach Cypern.

Ausgerechnet der Einzelhandel!

Nochmals Gehaltsabbau von 10 Prozent gefordert.

Der Arbeitgeberverband im Einzelhandel Groß-Berlins hat eine Weiterverlängerung des Gehaltsabkommens für die Angestellten über den 31. Oktober hinaus abgelehnt und beschlossen, einen Gehaltsabbau von 10 Proz. zu verlangen. Der Zentralverband der Angestellten hat gegen diese unglaubliche Forderung der Einzelhändler sofort scharfen Protest erhoben und um beschleunigte Anberaumung eines Verhandlungstermins ersucht.

Die Forderung der Berliner Einzelhändler ist stärkster Tabak. Rund 50 000 Angestellte sollen nochmals bluten. Die Auswirkung würde um so katastrophaler sein, als die von jeher außerordentlich niedriger Gehälter im Berliner Einzelhandel schon riefig getürzt worden sind. Bereits im letzten Frühjahr wurde den Angestellten durch Schiedspruch ein Gehaltsabbau bis zu 9 Proz. aufgezwungen. Hinzu kommt, daß außerordentliche Zulagen fast restlos beseitigt wurden und ferner, daß in einem kaum glaublichen Ausmaß tarifwidrige Umgruppierungen unter dem Motto „Triß Vogel oder stirb“ erfolgten. Der tatsächliche Gehaltsabbau im Berliner Einzelhandel beträgt 40 Proz. und darüber, besonders wenn man berücksichtigt, daß auch bei vielen Firmen Kurzarbeit eingeführt wurde.

Es ist daher nicht verwunderlich, daß die neue Forderung der Unternehmer wie eine Bombe unter den Angestellten gewirkt hat. Die Forderungen sind um so unberechtigter und unverständlicher, als die Unternehmer in überreichlichem Ausmaß eine Entlastung des Personalkostenetats durch Massenentlassungen und durch ein raffiniertes Ausschiffensystem vorgenommen haben. Selbst die Berliner Forschungsgesellschaft für den Handel hat in dem letzten

Bericht über den Einzelhandel im ersten Halbjahr 1931 mitteilen müssen, daß die Personalzahl stärker verringert wurde als die Umsätze zurückgegangen sind, bei den jetzigen Geldverhältnissen die Verkäufe schwieriger abzuwickeln wären, und daß die Arbeitsleistung des Personals erheblich gestiegen ist. Hinzu kommt, daß von den Einzelhandelsangestellten sorgfältige und moderne Kleidung verlangt wird. Die Unternehmer fragen aber nicht, woher ihre Angestellten die Mittel nehmen sollen.

Die unsoziale Einstellung der Berliner Einzelhändler ist um so erstaunlicher, als die kommenden Monate erfahrungsgemäß zu den besten Einnahmemonaten des Jahres gehören, und schon aus diesem Grunde kein Anlaß zu derartigen ungläublichen Wünschen vorliegt.

Wenn die Einzelhändler trotz alledem bei den ungläublichen Forderungen bleiben, dann werden die Berliner Einzelhandelsfirmen noch mehr als bisher den Unwillen der Berliner Bevölkerung zu spüren bekommen. Wie wir hören, ist der Zentralverband der Angestellten entschlossen, den neuen Anschlag gegen die Existenz der Einzelhandelsangestellten mit allen Mitteln abzuwehren.

Diese Abwehr ist nicht nur das gute Recht der Angestellten, es ist geradezu ihre wirtschaftliche Pflicht. Der Lohnabbau auf diese Weise endlich einhalt geboten werden. Wenn ausgerechnet die Unternehmer im Einzelhandel, die am besten wissen, daß unsere Wirtschaftstriebe verurteilt ist durch das Zurückbleiben der Kaufkraft gegenüber der Produktivität, jetzt nochmals Lohnabbau fordern, vielleicht aus einer schlecht verstandenen Solidarität mit den anderen Unternehmergruppen, so muß dagegen mit aller Schärfe Front gemacht werden.

Das Beispiel von oben.

Regierung und Behörden für zweiten Lohnabbau.

Die Verhandlungen zur Neuregelung der Löhne der Reichsarbeiter, die am Freitag im Reichsfinanzministerium stattfanden, brachten keine Einigung. Das Reichsfinanzministerium fordert, daß die in der Notverordnung vom 5. Juni 1931 vorgesehenen Lohnkürzungen nunmehr auch für die Reichsarbeiter durchgeführt werden. Die Verhandlungen scheiterten, weil die Regierungsvorteile jegliches Entgegenkommen vermissen ließen. Auf Vorschlag der Organisationen wurden die Verhandlungen auf Anfang der nächsten Woche vertagt, um den Körperschaften der einzelnen Verbände Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

Die Verhandlungen über die Neuregelung des Lohn-tarifvertrages für das Personal der staatlichen Schließdampfer auf dem Rhein-Herne-Hannover-Kanal sind ergebnislos verlaufen. Das Reichsverkehrsministerium, das den Tarifvertrag gekündigt hat, verlangt einen Lohnabbau von 7 Prozent. Diese Forderung wurde von den Organisationen abgelehnt. Das Ministerium wird nunmehr den Schlichter anrufen.

Auch die mit der Marineleitung geführten Verhandlungen für die Arbeiter der Marinewerft mußten, da sie ebenfalls ergebnislos verliefen, vertagt werden.

Die Verhandlungen über die Löhne der Gemeindearbeiter und kommunalen Straßenbahner, die gestern den ganzen Tag dauerten, werden heute fortgeführt. Bisherige positives Ergebnis liegt zur Stunde noch nicht vor.

Alle diese Verhandlungen tragen das gemeinsame Merkmal, im schroffen Widerspruch zu den Erklärungen des Reichsarbeitsministers zu stehen. Alle Behörden wetteifern in Forderungen nach einem zweiten allgemeinen Lohnabbau in demselben Jahr, in dem die Löhne bereits allgemein ganz erheblich abgebaut worden sind.

So geht das nicht. Ob die Reichsregierung zu ihrem Wort steht oder als wortbrüchig gelten will, ist ihre eigene Angelegenheit. Nicht ertragen und nicht geduldet werden kann aber, daß die Reichsregierung und die ihr nachgeordneten Behörden den Scharfmachern der Privatwirtschaft das Beispiel zu einer unerhörten Herabdrückung der Lebenshaltung der gesamten Arbeiterschaft geben.

Die neue Lohnabbauwelle.

Im Karosseriegewerbe sechs Proz. Lohnkürzung.

Für das Berliner Karosseriegewerbe wurde am Donnerstag ein Schiedspruch gefällt, wonach die Löhne von der kommenden Lohnwoche an um 6 Proz. gekürzt werden sollen. Der Lohnstreit im Berliner Karosseriegewerbe ist schon seit zwei Monaten in der Schwebe. Die Unternehmer hatten das Lohnabkommen zum 1. August gekündigt, weil sie überhaupt keine tarifliche Bindung mehr eingingen, sondern in den Betrieben wieder das freie Spiel der Kräfte walten lassen wollten.

In den Verhandlungen, die Mitte September schließlich doch zustande kamen, zeigten sich die Unternehmer gnädigst bereit, einen neuen Vertrag abzuschließen, wenn die Tariforganisationen in einem zehnprozentigen Abbau aller Verdienste einwilligen würden. Diese Forderung lehnten die Gewerkschaften natürlich ab, zumal schon seit dem Dezember vorigen Jahres die Tariflöhne der Facharbeiter von 1,26 auf 1,17 M. gekürzt worden sind.

Die von den Gewerkschaften beantragten Schlichtungsverhandlungen führten jetzt zu diesem Schiedspruch, der bis zum 1. Januar 1932 gelten soll. Die Karosseriearbeiter werden sich mit dem Schiedspruch noch beschäftigen.

Reichsanstalt als Unternehmer.

Sie drückt sich um den Tarifvertrag.

Ueber das Verhalten der Personalstelle der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung haben wir bereits des öfteren und leider immer kritisch berichten müssen. Der Gesamtverband hat jetzt endlich im Interesse der von ihm vertretenen Lohnempfänger das Reichsarbeitsministerium um Vermittlung angerufen, weil trotz besten Verhandlungswillens des Gesamtverbandes die verantwortlichen Personalleiter der Reichsanstalt Oberregierungsrat Kachner und Regierungsrat Leuertz, immer neue Verschleppungsmanöver inszenierten.

Seit drei Jahren geht der Kampf des Verbandes mit der Personalleitung der Reichsanstalt um die selbstverständliche Forderung, klare Tarifrechtsverhältnisse für die Lohnempfänger in den Dienst- und Verwaltungsstellen der Reichsanstalt zu er-

langen. Verfügungen und Verordnungen wurden wie immer in der Reichsanstalt haufenweise erlassen, so daß keine Dienststelle heute mehr weiß, was eigentlich Recht ist. Auf eine energische briefliche Erinnerung an die zuständigen Verhandlungen hat am 10. Oktober die Reichsanstalt folgendes Schreiben dem Verbande gefandt:

„Die Notverordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 6. Oktober 1931 hat eine neue Lage geschaffen, deren Auswirkung auf das Dienstrecht der Arbeiter der Reichsanstalt zur Zeit geprüft wird. Ich werde nach Abschluß dieser Prüfung Gelegenheit nehmen, die Angelegenheit mit Ihnen zu besprechen. I. B. (gez.) Dr. Kap-hahn.“

Mit dieser Antwort konnte der Gesamtverband nichts anfangen. Im Interesse der von ihm vertretenen Verbandsmitglieder mußte das Reichsarbeitsministerium zur Hilfe gerufen werden, damit diese Prüfungen nicht wieder so lange dauern, bis eine neue Notverordnung neue Prüfungen erforderlich macht.

Man sollte annehmen, daß die Reichsanstalt als Sozialversicherungsträger wenigstens loyal gegenüber ihren eigenen Arbeitern und Angestellten wäre. Das Verhalten der Personalstelle der Reichsanstalt steht aber an Tarifeindlichkeit hinter keiner Personalstelle eines beliebigen Privatbetriebes zurück.

Rundgebung der AFA-Verbände.

Verammlung ihrer weiblichen Mitglieder.

„Zwischen Kapitalismus und Sozialismus“ lautete das Thema eines Vortrages, den Genosse Dr. Otto Suhr vom AFA-Bundesvorstand am Freitagabend im Reichswirtschaftsrat in einer Rundgebung der weiblichen Mitglieder aller Berliner AFA-Verbände hielt. Der Referent hatte sich die Aufgabe gestellt, ein klares Bild darüber zu entwerfen, wie sich aller Voraussicht nach der Kapitalismus unter dem Druck der Krise in der nächsten Zeit gestalten wird.

Eine Verjüngungstour ist dem heutigen Monopolkapitalismus nicht mehr möglich. Seine jetzige Form kann er aber auch nicht behalten, weil er sich dann aus der Umklammerung der Krise überhaupt nicht befreien kann. Die Entwicklung treibt vielmehr dahin, daß die Kartelle, Monopole, Geldinstitute usw. einer staatlichen Kontrolle unterworfen werden müssen, wenn sich die Kapitalisten dagegen auch noch wehren, genau so, wie sie sich feinerzeit gegen die Kartelle und Monopole gewehrt haben.

Unzweifelhaft geht in Deutschland der Kurs auf Staatskapitalismus, der aber immer noch Kapitalismus, wenn auch in anderem Gewande, ist. Der Staatskapitalismus kann zwar der Weg zur planmäßigen Gemeinwirtschaft, zum Sozialismus sein, er kann aber auch — und diese Entwicklung liegt viel näher — nur eine planmäßigere kapitalistische Wirtschaft und somit eine Erhaltung des jetzigen Systems in anderer Form sein.

Auf welchen Weg die privatkapitalistische Wirtschaft gedrängt wird, ist eine Nachfrage zwischen Kapital und Arbeit. Der Kampf der Gewerkschaften gegen die Inflationspläne, für die 40-Stunden-Woche, die Erhaltung der Sozialversicherung usw. ist kein Kampf um die Neugestaltung der Wirtschaft, sondern nur ein allerdings sehr wichtiger Kampf um die Sicherung des Lebenspielraums der arbeitenden Massen.

Die Umgestaltung der Wirtschaft aber ist eine politische Nachfrage, eine Frage des Klassenkampfes. Und wenn vom Reichsverband der Deutschen Industrie erklärt wird, es gebe für die deutschen Unternehmer nur das eine, entweder Privatkapitalismus oder Sozialismus, dann bedeutet das eben verschärften Klassenkampf, den die Gewerkschaften auch zu führen bereit sind.

Dem mit stürmischem Beifall ausgenommenen Referat schloß sich noch eine kurze Berichterstattung der Genossinnen Schner und Ecker über den AFA-Kongreß an.

Der Seemannsstreik vor Gericht.

SPU. und Rollkommandos im Polizeiboot.

Riel, 28. Oktober. (Eigendbericht.)

Auf der Reede von Hollenau haben sich bereits mehr als ein Dutzend Dampfer angesammelt und warten auf Erledigung der Gerichtsverhandlungen. Zu Ende geführt sind bisher nur vier Verfahren, so daß erst vier Dampfer die Weiterreise antreten konnten. In Anbetracht der langsamen Abwicklung der Dinge ist beschlossen worden, eine zweite Serie von Schnellgerichten zu bilden.

Von dem Dampfer „Botilla Ruff“, der Hamburger Reederei Ernst Ruff gehörig, wurde nur ein 17-jähriger Reifjunge heruntergeholt. Das Verfahren gegen ihn wurde aber an das Jugendgericht in Kiel verwiesen. Von Dampfer „Dione“ wurden sieben

Leute heruntergeholt, einer wurde nach der Vernehmung wieder freigelassen. Der Schiffslosh wurde dem Ermittlungsrichter in Kiel vorgeführt, da er einer Rädelsführerschaft dringend verdächtig ist; das Schnellgericht ist für ihn nicht zuständig. Die übrigen fünf Angeklagten wurden zu je drei Monaten Gefängnis verurteilt und sofort in Haft genommen. Alle Angeklagten waren gefährlich.

Der nächste Dampfer war „Bisurgio“ von der Roland-Linie, Bremen. Von diesem Dampfer wurden 6 Leute zu je 1 Monat Gefängnis verurteilt. Auch „Bisurgio“ war bei Streikbeginn ausfahrtsbereit. Die Mannschaft hatte Befehl vom Kapitän erhalten, das Schiff nicht zu verlassen. Die sechs Angeklagten haben dies trotzdem getan und erklärten dem Kapitän, daß sie sich an dem Streik beteiligen wollten. Die übrige Besatzung wurde von einem Rollkommando von Bord geholt. Nach Aussage von Schiffsoffizieren kam dieses Rollkommando in einem russischen Polizeiboot längsseit, zwischen dem Rollkommando sah man zwei Beamte der G.P.U. Gerade diese Aussage weist mit aller Deutlichkeit auf die Mitwirkung der Russen bei dem deutschen kommunistischen Streik hin. Bezeichnend ist, daß alle Verlade- und Entladearbeiten auf Wunsch der Russen nicht unterbrochen wurden. Als später der Streik für die Durchführung des Fünfjahresplans sich unangenehm bemerkbar machte, haben die Russen offensichtlich abgeblasen.

Gegen jede Spaltung.

Entschliebung der Fabrikarbeiter.

In einer starkbesuchten Mitgliederversammlung der Berliner Jobstelle des Fabrikarbeiterverbandes wurde nach einem Referat des Bauleiters Genossen Kohl fast einstimmig eine Entschliebung angenommen, in der anerkannt wird, daß die freien Gewerkschaften, besonders der Fabrikarbeiterverband, in der schwersten aller Wirtschaftskrisen auf allen Gebieten den Mitgliedern Halt und Stütze gewesen sind. Weiter heißt es da:

Diese Erkenntnis macht es allen Mitgliedern zur Pflicht, in ihrem eigenen sowie im Interesse der gesamten Arbeiterschaft allen Spaltungsbestrebungen, von welcher Seite sie auch kommen, mit aller Energie und größter Entschlossenheit entgegenzutreten.

Sie verpflichten sich, mit dem Einsatz aller Kräfte für Stärkung und Ausbreitung des Verbandes der Fabrikarbeiter Sorge zu tragen und in allen in unserem Organisationsbereich liegenden Betrieben für die Aufnahme neuer Mitglieder agitatorisch tätig zu sein.

Kommunistische Verleumdung.

SPD-Betriebsratsvorsitzender als Denunziant beschimpft.

Am Dienstag brachte die „Rote Fahne“ einen Bericht über drei Arbeitsgerichtsverhandlungen, um den „Unternehmerhaß gegen rote Betriebsräte“ zu zeigen. In dem zweiten Bericht ist die Rede von einem „roten Arbeiterrat im Bernerwerk“, der wegen unentschieden gebliebenen Streiks fristlos entlassen worden sei. Beiläufig steht folgender Satz in diesem Bericht:

„Der SPD-Betriebsratsvorsitzende war im Auftrage der Firma in der Wohnung des Klägers, trotz ihm nicht an und denunzierte ihn der Betriebsleitung.“

Hierzu erhalten wir von dem ersten Vorsitzenden des Betriebsrats der Firma Siemens u. Halste H.-G., Bernerwerk, Genossen Otto Schmidt, eine Erklärung, die besagt:

„In einer Betriebsauschussung des Bernerwerkes, in der die Roten in der „Rollen Fahne“ besprochen wurde, hat man einstimmig (also auch mit der Stimme des roten Ausschussmitgliedes Thomas Czoch) festgestellt, daß im Bernerwerk ein rotes Arbeiterratsmitglied K. nicht existiert und daher auch nicht entlassen werden konnte.“

Damit ist bewiesen, daß die gegen den Betriebsratsvorsitzenden erhobenen Anschuldigungen nur Lüge und Verleumdung sind. Die Belegschaft der Bernerwerke wird diese Art der Kampfweise richtig einschätzen.

Zur Arbeitszeit im Friseurgewerbe.

Sonnabendbeschäftigung weiblicher Kräfte.

Die Gewerbeordnung verbietet die Beschäftigung von Arbeiterinnen in Betrieben mit mindestens zehn Arbeitern des Sonnabends nach 17 Uhr. Für das Friseurgewerbe, das Sonnabends am stärksten beschäftigt ist, bedeutet diese für Fabrikbetriebe gedachte Bestimmung (§ 137) eine schwere Belastung.

Der Berliner Polizeipräsident hat daher die Beschäftigung weiblicher Hilfskräfte an den Tagen vor Sonn- und Feiertagen in Friseurgeschäften mit mindestens zehn Arbeitern nach 17 Uhr genehmigt, jedoch nur unter der Bedingung, daß an diesen Tagen nur über 16 Jahre alte Arbeiterinnen bis 20 Uhr beschäftigt werden dürfen und sie dafür an einem Tage der folgenden Woche spätestens von 17 Uhr ab von jeder Arbeit frei zu lassen sind.

In den kleinen Friseurgeschäften mit weniger als zehn Arbeitern, auf die der § 137 K.O. keine Anwendung findet, steht der Beschäftigung von Lehrmädchen und Gehilfen des Sonnabends bis 20 Uhr nach wie vor nichts im Wege.

SPD-Metallarbeiter!

Dienstag, 19. 11. Uhr, in den Sophien-Sälen, Sophienstr. 17-18, Besammlung der SPD-Metallarbeiter. Tagesordnung: 1. Referat des Genossen Franz Klinker über „Weltwirtschaftskrise, Faschismus und Kampf der deutschen Arbeiterklasse“. 2. Besprechung zur Generalfeststellung. Verticacionis in mitzubringen. Der Feststellungsstand.

SPD-Maschinenbau! Sonntag, 18. Uhr, wichtige Besprechung im Saal 3 des Generalkonsums. Parteibuch legitimiert. Zahlreiches Erscheinen wird erwartet. SPD-Betriebsrat von H. S. Hermann. Montag, 19. 11. Uhr, Besammlung in der Spillmeißel-Gasse, Deutschstraße (Industrie-Gebäude). „Vorwärts“-Beleg sind einbringen.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Deute, Sonnabend: Weiterentwicklung: 19 Uhr im Buchbinderei, Engelstr. 24-25, Aufgang C, Hof 5 Tr. — Jugendgruppe des Gelbeschuhes, Fachgruppe Handarbeiter: 11. Sonnabend: Treffpunkt Gruppe 17 Uhr, Gruppe II 19 Uhr, Bahnhof Stralau-Rummelsberg, Eingang Sonntagstege. Umfassen 1 R.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Anestellten

Der Einzelkreis ist heute ab 19 Uhr im Jugendheim der Schule Sauer Str. 18. — Die nächste Besammlung der Jugendgruppe findet am 1. November statt. Geplant wird „Kampf um Riel“ vom Stamme. Eintrittskarten zum Preis von 50 Pf. sind im Jugendsekretariat zu haben.

Berichterstatter für Politik: Dietrich Schill; Wirtschaft: G. Ritzsch; Gewerkschaftsbewegung: S. Steiner; Revolution: Dr. John Schimowitz; Politik und Sozialismus: Reinhardt; Musik: H. Gode; Literatur: in Berlin. Verlag: Vorwärts-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co. Berlin SW 68, Unter den Eichen 2, Seite 2, Beilage.

Der Finanzskandal um Schultheiß.

Weit über 30 Millionen Verluste. — Falsche Börsenprospekte. — Machthändler Kagenellenbogen.

Die Skandalgeschichte des deutschen Finanzkapitals bringt immer neue, immer interessantere Enthüllungen über die Art, wie die deutsche Wirtschaft durch das Treiben sogenannter Finanzgenies und das Verjagen der privaten Banken in Grund und Boden gewirtschaftet wird. Immer das gleiche Bild: Finanziers reißen die Kapitalmacht über ein Unternehmen an sich, sie machen die gewagtesten Finanztransaktionen, der Aufsichtsrat unternimmt nichts dagegen, Aktionäre, Belegschaften und Gesamtwirtschaft werden aufs schwerste geschädigt, und das Verjagen des Aufsichtsrats erklärt sich immer wieder aus der Konfuzenz der Bankvertreter im Aufsichtsrat, die um des Profits willen miteinander koalieren. Recht und Kaufmannspflichten werden mißachtet. So war es im Falle Javoag, so war es auch in den Fällen Karstadt und Nordwolle. Die Geschichte dieser deutschen Wirtschaftsskandale ist jetzt um einen Fall reicher, der in seiner Kraft und Gefährlichkeit die anderen Fälle vielleicht noch übertrumpft.

Die Schultheiß-Pagenhofer-Brauerei mußte bis vor wenigen Tagen als eines der glänzendsten Unternehmen Deutschlands gelten.

Das Aktienkapital beläuft sich auf 75 Millionen Mark Stammkapital und 15 Millionen Mark Vorzugskapital. Jahrelang wurde eine Dividende von 15 Proz. gezahlt, und an der Börse zählten die Schultheißpapiere zu den Favoriten, die noch im Jahre 1928 über 400 Proz. notierten. Heute steht der Konzern vor riesenhaften Verlusten, die 30 Millionen wahrscheinlich noch weit übersteigen.

Die heute bestehende Gesellschaft wurde vor einem Jahre durch die Fusion der Schultheiß-Pagenhofer-Brauerei und der Ostwerke A.-G. gebildet. Die Schultheiß-Pagenhofer-Brauerei brachte in die Fusion neben ihren zahlreichen eigenen Betrieben (allein in Berlin sechs Brauereibetriebe) Beteiligungen an Brauerei- und Likörunternehmen ein (Kantorowicz-Kahlbaum A.-G., Böhm-Brauerei A.-G., Breslauer Aktien-Brauerei, Eberswalder Brauerei A.-G. und andere mehr). Die Ostwerke A.-G. war eine Holdinggesellschaft für Unternehmungen verschiedenster Art. Neben einer Beteiligung von etwa 35 Proz. des Kapitals der alten Schultheiß-Pagenhofer-Brauerei besaß sie Beteiligungen zwischen 30 und 90 Proz. des Kapitals an der Norddeutschen Holzindustrie A.-G., an der Vereinigten Portland-Cement- und Kalkwerke Schminnow A.-G., an der A.-G. für Glasindustrie vormals Friedrich Siemens, an der Schlesijsche Mühlenwerke A.-G., Th. Fröber Maschinenbau A.-G., Getreide-Kreditbank A.-G. und an einigen kleineren Gesellschaften. Dieses bunte Durcheinander wurde in das fusionierte Unternehmen eingebracht.

Schon damals wurden Bedenken geäußert, was denn das Biergeschäft mit der Produktion von Zement oder Handmaschinen zu tun habe. Nach den jüngsten Vorgängen ist es klar: Die Fusion Schultheiß-Ostwerke stellt nichts weiter dar als die Krönung des Unternehmens, das der Finanzier Ludwig Kagenellenbogen in der Inflationszeit mit dem Zusammenbringen des Ostwerkonzerns begonnen hatte.

Der Machthunger des Herrn Ludwig Kagenellenbogen

war es, der den unorganischen Aufbau des Schultheiß-Ostwerkonzerns herbeiführte. Kagenellenbogen beherrschte die früheren Ostwerke; diese besaßen 35 Proz. frühere Schultheiß-Aktien. Daneben besaß Herr Kagenellenbogen weitere Schultheiß-Aktien in unbekannter Höhe. Um sich die Macht über das fusionierte Unternehmen zu erhalten, wurde gleichzeitig mit der Fusion, die eine Erhöhung des Schultheiß-Kapitals von 50 auf 75 Millionen Mark nötig machte, die Ausgabe von 15 Millionen Mark Vorzugsaktien beschlossen. Diese Vorzugsaktien, die nur zu 25 Proz. eingezahlt wurden, wurden an die Effekten-Konkordanz G. m. b. H. übertragen. Von dieser Effekten-Konkordanz G. m. b. H. besitzt Herr Kagenellenbogen die Hälfte der Anteile; er ist ihr alleiniger Geschäftsführer. Nach der Fusion wurde Herr Kagenellenbogen, bis dahin Vorsitzender des Aufsichtsrats der Ostwerke, auch Generaldirektor der neuen Schultheiß-Pagenhofer A.-G.

Die Hauptursache der Verluste.

Wie erst jetzt, nach Auseinandersetzungen im Aufsichtsrat und ein Jahr nach der Fusion, bekannt wird, hat Herr Kagenellenbogen noch vor der Fusion als Beherrscher der Ostwerke einem aus der Danabank und der Commerzbank bestehenden Spezialkonsortium den Auftrag gegeben, an der Börse Schultheiß-Aktien anzukaufen. Diese Aufkäufe sind in den letzten zwei Jahren erfolgt und sollen sich auf einen Betrag von 15 Millionen Mark Schultheiß-Aktien nominal betragen. Für diese Aktien hatte die Ostwerke A.-G. eine Kursgarantie übernommen in der Form, daß sie sich zur Übernahme der Aktien zum Ankauflurse verpflichtete. Die Aufkäufe sind zu einem Kurse von 250 bis 270 Proz. erfolgt. Da der heutige Kurs der Schultheiß-Aktien noch nicht 70 Proz. beträgt, ist bisher ein Verlust von mindestens 30 Millionen Mark entstanden. Außerdem sind — ebenfalls aus Kagenellenbogen-Gesellschaften — bisher schon Verluste von etwa 10 Millionen Mark bekannt!

Es ist kein Zweifel, daß Herr Kagenellenbogen den Ankauf dieser Aktien veranlaßt hat, um seine Macht über den Schultheiß-Konzern zu stärken, da ja nach der Fusion die Banken mit den Stimmen der angekauften Aktien im Sinne der Verwaltung stimmten. Während Herr Kagenellenbogen zu Lasten der Ostwerke und der freien Aktionäre diese Kursgarantie gegenüber den Banken einging, hat er selbst, wie es heißt, eigene Aktien zu hohen Kursen verkauft und sich gesund gehalten.

Die Rolle der beiden Großbanken

bei diesen Geschäften ist in hohem Maße merkwürdig. Bei der Schultheiß-Brauerei bestand seit längerer Zeit ein Bankenkonsortium unter Führung der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft, das die Aktiengeschäfte für Schultheiß ausführte. Dieses „große“ Konsortium soll bis vor kurzem von den Aktionären, die die Commerzbank und die Danabank in den letzten Jahren gemacht hatten, keine Ahnung gehabt haben. Die Vertreter all dieser Banken saßen im Aufsichtsrat des Konzerns. Die Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft stellte Herr von Stauff, die Danabank Herr Jakob Goldschmidt, die Commerzbank Herr Plücker je als stellvertretenden Vorsitzenden! Der Verdacht hat gute Gründe, daß auch in diesem Fall die Risiko-

unter den Großbanken entscheidend für ihre Maßnahmen und ihr Verjagen bei der Kontrolle gewesen ist. Die einzelnen Aufsichtsratsmitglieder der Banken haben ihren Kollegen das Bestehen risikoreichster Geschäfte einfach verschwiegen. Die Banken, die das Kursgarantiegeschäft gemacht hatten, saßen im Aufsichtsrat. Dennoch schwiegen sie darüber bei der Fusion! Das sind Verletzungen der Pflichten als Aufsichtsratsmitglied, wie sie trotter nicht gedacht werden können.

Irreführende Börsenprospekte.

Für die Deffenlichkeit ist von besonderer Bedeutung, daß auch der Börsenprospekt vom Februar dieses Jahres bei der Einführung der neuen Schultheiß-Aktien das Kursgarantiegeschäft mit keinem Wort erwähnt, das jetzt die Riesenerluste bringt. Die Aktionäre wurden getäuscht über den inneren Wert der Aktien. Dabei standen im Februar, zur Zeit der Prospektveröffentlichung, die Aktien bereits unter 170 Proz., so daß damals schon eine Übernahme der von den Banken gekauften Aktien einen Verlust von etwa 15 Millionen Mark gebracht hätte. Der Börsenprospekt ist von allen Banken, die mit Schultheiß in Verbindung stehen, unterzeichnet, natürlich auch von der Commerzbank und von der Danabank, die das Geschäft gemacht hatten. Auch die Zulassungsstelle an der Berliner Börse ist also grüßlich über die wahren „zur Beurteilung der neuen Wertpapiere notwendigen tatsächlichen und rechtlichen Verhältnisse“ getäuscht worden. Bei allen diesen Dingen handelt es sich um launmännlich unmögliche,

strafrechtlich und zivilrechtlich grobenteils zu verfolgende Maßnahmen.

Aus der Tatsache, daß die Kursgarantieverpflichtungen der Ostwerke, die bereits vor der Fusion bestanden, der Verwaltung und einem Teil des Aufsichtsrates der Schultheiß-Pagenhofer A.-G. nicht bekannt waren, ergibt sich die Streitfrage, ob die Fusion überhaupt rechtsgültig zustande gekommen ist. Die A-

ktionäre werden also zu prüfen haben, ob diejenigen Leute, die die Fusion betrieben haben und das Bestehen dieser Ostwerke-Verpflichtungen kannten, auf Grund des § 203 des Handelsgesetzbuches zum Schadenersatz herangezogen werden können. Die Börsenbehörden werden zu prüfen haben, ob die Commerzbank und die Danabank, die den Börsenprospekt unterzeichnet haben, nicht auf Grund der Prospektfälschung zur Verantwortung gezogen werden müssen.

Soweit steht fest, daß der Machthändler Ludwig Kagenellenbogen, der in erster Linie für diese Verluste verantwortlich ist, abzutreten hat und mit seinem Vermögen haftbar gemacht werden muß. Schon bei dem Industriebau-Standal hat er in üblicher Weise von sich reden gemacht. Die A.G. für Verkehrs- und Zement hatte auf Zurücknahme der Industriebau-Aktien gegen Schlesijsche Zement und Kagenellenbogen geklagt, weil dieser die Fälschung der Industriebau-Bilanzen gefälscht hätte. In erster Instanz hat Kagenellenbogen diesen Prozeß verloren, wodurch für Schlesijsche Zement, also letzten Endes Schultheiß-Ostwerke, eine Belastung von 3,3 Mill. M. entsteht. Auch bei anderen Ostwerke-Beteiligungen (Schlesijsche Mühlen, Th. Fröber) sind starke Verluste entstanden.

Ob man den ganzen Schultheiß-Ostwerke-Konzern auslöst in der Weise, daß sämtliche brauereifremden Unternehmen ausgeschlossen werden, ist fraglich. Die Aktionäre werden auf alle Fälle mit einem Ausfall der Dividende zu rechnen haben, da die Verluste aus diesem Aktiengeschäft sämtliche Reserven und Fusionsgewinne aufzehren. Wenn die Verluste noch wachsen, was nach den bisherigen Erfahrungen wahrscheinlich ist, kann der ganze Konzern bedroht werden.

Der ganze Fall aber ist ein neues erschütterndes Beispiel für die Strupei- und Bedenklosigkeit, mit der im Zusammenstoß von privatkapitalistischen Finanziers und Großbanken Teile der deutschen Wirtschaft ruiniert und das Vertrauen in die deutsche Wirtschaft erschüttert wird.

Volkspflege im jüngsten Krisenquartal

Die Inflationsbeforgnis drückt das Neugeschäft.

Die letzten Monate sind für die Lebensversicherungsunternehmen die ungünstigsten der Wirtschaftskrise gewesen. Vor allem hat die Inflationsfurcht dem Neugeschäft außerordentlich geschadet. Die Vorgänge in England und den skandinavischen Ländern nähren die Unsicherheit immer noch. So muß auch das Quartalsergebnis (Juli/September) mit einem entsprechenden Rückgang gemessen werden. Das gilt sowohl für die Volksversicherung als auch für die große Lebensversicherung.

Die Volkspflege, das gewerkschaftlich-genossenschaftliche Versicherungsunternehmen und die größte Volksversicherungsgesellschaft Deutschlands, hat von Juli bis September in der Volksversicherung 56 112 neue Versicherungsanträge mit 123 073 Mark Monatsprämie und 21 993 227 Mark Versicherungssumme abgeschlossen. Die Durchschnittsprämie betrug 2,19 Mark und die Durchschnittsvericherungssumme 392 Mark. Durch die Krise ist gegenüber den vorhergehenden Quartalen des Jahres ein stetiges Fallen sowohl der Neuanträge als auch der Monatsprämie und Versicherungssumme festzustellen. Daraus kann der Schluß gezogen werden, daß der Wert einer Lebensversicherung nach wie vor anerkannt wird, aber die materielle Höhe des Versicherungsschutzes eine durch die Wirtschaftskrise und die sinkende Kaufkraft bedingte Einschränkung erfährt.

In der Großlebensversicherung der Volkspflege (Hochversicherungssumme 10 000 Mark) wurden im dritten Quartal noch 676 Anträge mit 19 790 Mark Vierteljahresprämie und 1 558 065 Mark Versicherungssumme abgeschlossen. Die dabei festgestellte geringere Senkung der Durchschnittsprämie und die leichte Erhöhung der durchschnittlichen Versicherungssumme in der Großlebensversicherung ist weitgehend durch den besonders starken Rückgang des Neugeschäfts.

Die Einstellung der Prämienzahlungen und der Rücklauf von Versicherungen können auch von der Volkspflege befragt werden. Wertet man das Quartalsergebnis der Volkspflege unter Berücksichtigung aller Faktoren des jetzt herrschenden Zustandes, dann ist es durchaus befriedigend. Ueber dieses Urteil hinaus bezeugt es erneut die Solidität und Stabilität des Versicherungsunternehmens der Arbeiterschaft.

Es wird auch in der Krise verdient.

Anterwerke-A.G. und Kaltwerke in Dornap.

Es häufen sich jetzt wieder die Bilanzveröffentlichungen der deutschen Unternehmungen. Selbstverständlich werden die Gewinnergebnisse durch die Krise sehr große Einbrüche zeigen. Es wird aber sehr stark in Erscheinung treten, daß auch die Ausgaben beträchtlich gesunken sind und zwar oft stärker als die Gewinne, so daß vielfach ein Ausgleich sichtbar werden wird.

Die Anterwerke A.-G. in Bielefeld, die Nähmaschinen, Fahrräder, Registrier- und Schreibmaschinen erzeugt, zeigt bei einem Kapital von 2,4 Millionen Mark für 1930/31 einen Rückgang des Fabrikationsgewinnes von 3,85 auf 2,17 Millionen. Die Generalunkosten gehen aber gleichzeitig von 2,80 auf 1,70 Millionen zurück und die Abschreibungen wurden von 0,56 auf 0,23 Millionen gesenkt. Ein schließlich des Gewinnvortrags aus dem Vorjahr ergibt sich ein Reingewinn von 0,22 Millionen Mark gegen 0,56 Millionen im Vorjahr, und die Gesellschaft verteilt eine nur um 2 Proz. gegenüber dem Vorjahr gesenkte Dividende von 8 Proz.

Die Rheinisch-Westfälische Kaltwerke A.-G. in Dornap arbeitete 1930/31 ebenfalls noch relativ günstig. Die Kaltwerke Dornap haben in erster Linie die Hochöfen, den Baumarkt und die Landwirtschaft als Kundenschaft. Das letzte Jahr brachte einen Mindererfordernis von 28 Proz. an gebranntem Material. An diesem Mindererfordernis waren die Stahlindustrie mit 37, das Baugewerbe mit 30 und die Landwirtschaft mit 24 Proz. beteiligt. Auch der Export ging zurück, so daß die Betriebe nur in geringem Umfang ausgenutzt werden konnten.

Dennoch ging der Rohgewinn nur von 4,20 auf 3,26 Millionen

zurück. Gleichzeitig sanken nach dem Gewinnausweis Unkosten und Steuern von 1,57 auf 1,34 Millionen. Die Abschreibungen wurden sogar von 1,29 auf 1,62 Millionen erhöht. Es bleibt dann noch ein kleiner Reingewinn von rund 13 000 Mark. Hätte man die Abschreibungen nicht erhöht und den Gewinnvortrag des Vorjahres (0,25 Millionen) zur Gewinnverteilung benutzt, so wären auch hier trotz der gewaltigen Produktionsdrofflung noch 4 bis 5 Proz. Dividende möglich gewesen.

Vor Gründung der neuen Nordwolle.

8,4 Millionen Mark Betriebskredite sind gesichert.

Die Verhandlungen über die Gründung einer neuen Nordwolle-Gesellschaft ziehen sich jetzt schon über mehrere Monate hin. Am Montag nächster Woche soll in einer Sitzung des Gläubigerausschusses endgültig über die strittigen Fragen entschieden werden.

In die neue Gesellschaft sollen vier oder fünf der alten Nordwollebetriebe eingebracht werden. Es handelt sich um die Wollkammereien; fraglich ist, ob auch die Delmenhorster Wollkammerei dazukommen soll, zumal dieses Werk noch mit einer 3-Millionen-Mark-Hypothek der Sparkasse in Bremen belastet ist. Auch die Bewertung der Vorräte mit 18 Millionen Mark ist noch nicht endgültig.

Das Kapital der neuen Gesellschaft werden wahrscheinlich die Gläubigerbanken, wenigstens vorläufig, übernehmen. Die Vorkontrolle einer bestimmten Gruppe soll ausgeschlossen werden. Die Berliner Großbanken (Dresdner, Danabank, D.D.-Bank, Commerzbank) sind bereit, zusammen 6 Millionen Mark Betriebskredite der neuen Gesellschaft zu gewähren. Dazu kommen noch 0,4 Millionen Mark von Bankhaus Delbrück, Schindler u. Co., und eine holländische Firma, Tredjeina, wird weitere 2 Millionen Mark zur Verfügung stellen. Auch im Interesse der beteiligten Arbeiterschaft ist zu wünschen, daß diese Gründung nun endlich zustande kommt.

Neue französische Kapitalien für Jugoslawien.

Nachdem bereits vor einigen Monaten eine große Auslandsanleihe Jugoslawiens bei französischen Banken unter Führung der Union Parisienne zustande gekommen war, ist nunmehr ein neuer Kredit im Betrage von 300 Millionen Franken, etwa 50 Millionen Mark, zustande gekommen. Der jugoslawische Finanzminister hat den Kreditvertrag dieser Tage in Paris unterzeichnet. Der erwähnte Betrag ist bereits der jugoslawischen Nationalbank für die Regierung zur Verfügung gestellt worden. Die Schwierigkeiten des Staatshaushaltes, die teils durch das Aufheben der Reparationszahlungen, teils durch die allgemeinen Krisenauswirkungen entstanden waren, sollen mit Hilfe dieses Kredits und der Sanierungsmaßnahmen des Finanzministeriums überwunden werden.

Starker Gewinnrückgang beim Bananentrust. Die Gewinne des amerikanischen Bananentrusts (United Fruit Company) sind unter dem Einfluß der Weltwirtschaftskrise außerordentlich gesunken. In den ersten neun Monaten des Jahres 1929 hatte er einen Reingewinn von 16,88 Millionen Dollar (70,9 Millionen Mark), in der gleichen Zeit des Jahres 1930 einen Reingewinn von 10,25 Millionen Dollar (43 Millionen Mark) zu verzeichnen. In den ersten neun Monaten dieses Jahres betrug der Reingewinn nur noch 7 Millionen Dollar (29,4 Millionen Mark), ist also auf 40 Proz. der Gewinnsumme von 1929 zurückgegangen.

Der richtige Weg zur Erzielung schöner weißer Zähne unter gleichzeitiger Beseitigung des höchst gefährlichen Zahnbelaues ist folgender: Drücken Sie einen Strang Chlorodont-Zahnpasta auf die trockene Chlorodont-Zahnbürste (Spezialbürste mit gezahnter Borstenhaare), wischen Sie die Gebisse nun nach allen Seiten, auch von unten nach oben, tauchen Sie erst jetzt die Bürste in Wasser und hüllen Sie mit Chlorodont-Wundwasser unter sorgfältiger gründlicher Nach- und Vorherbehandlung! Der misserfolgreiche Zahnbelaug ist vermindert und ein herrliches Gefühl der Frische bleibt zurück! Wollen Sie sich keine Mühe sparen, sondern für das Beste was es gibt, die Zähne, & das Gebisse gerade gut genug.

